

**SEMINAR FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK
DER UNIVERSITÄT FREIBURG / SCHWEIZ**

**PROBLEME UND ERFAHRUNGEN BEIM ÜBERGANG
VON DER PLAN- ZUR MARKTWIRTSCHAFT**

Ein Überblick

von Henner Kleinewefers

FREIBURG 2003

INHALT

	Seite
I. Überblick	1
II. Vorgeschichte	3
1. Warum hat es die Planwirtschaft gegeben ?	3
a) Tatsachen	3
b) Meinungen über Tatsachen	3
c) Normative Anschauungen	4
d) Theorien	5
e) Schlussfolgerungen	6
2. Die wichtigsten ökonomischen Probleme der Planwirtschaft	6
a) Zwei Grundprobleme	7
b) Praktische Konsequenzen	8
3. Zum Zeitpunkt der Wende (1985-1990)	11
a) Ökonomische Entwicklungen	11
b) Gesellschaftliche Entwicklungen	12
c) Informationstechnische Entwicklungen	13
d) (Welt)politische Entwicklungen	13
III. Ausgangslage	14
1. Vorbemerkungen	14
2. Produktionsfaktoren	15
3. Wirtschaftsstruktur	16
4. Makroökonomie	16
5. Mikroökonomie	17
6. Ökonomische Institutionen	18
7. Politische Institutionen	19
8. Gesellschaftliche Institutionen	19

IV.	Reformdiskussion	20
	1. Überblick	20
	2. Ökonomische und politische Reformen	21
	3. Umfang der ökonomischen Reformen	21
	a) Makroökonomische Stabilisierung	22
	b) Mikroökonomische Liberalisierung	23
	c) Institutionelle Reformen	23
	4. Reihenfolge und Tempo der ökonomischen Reformen	23
	5. Kosten und Dauer der Transformation	25
V.	Erfahrungen	25
	1. Überblick	25
	2. Transformation in der Demokratie	28
	3. Transformationskrise	29
	a) Strukturelle Aspekte	29
	b) Makroökonomische Aspekte	30
	c) Mikroökonomische Aspekte	31
	d) Die Transformationskrise als J-Kurve	31
	4. Privatisierung	33
	a) Kleine Privatisierung	34
	b) Grosse Privatisierung	34
	c) Das Problem der früheren Eigentümer	35
	d) Die Bereicherung der kommunistischen Kader	36
	5. Ökonomische Institutionen	37
	6. Politik und Gesellschaft	38
VI.	Schlussfolgerungen in zehn Thesen und einer Tabelle	39
	Ausgewählte Literatur	41
	Statistischer Anhang	46

I. ÜBERBLICK

Planwirtschaft und Kommunismus haben sich als unvereinbar mit der Komplexität und dem Entwicklungstempo von Wirtschaft und Gesellschaft in den letzten 30 bzw. 50 Jahre erwiesen. Insgesamt war ihnen nur eine nach historischen Massstäben kurze Lebenszeit von 72 Jahren (1917-1989) beschieden, wenn man die noch existierenden Überbleibsel (Nord-Korea, Cuba, weniger typisch Vietnam und sehr untypisch China) einmal beiseite lässt. Ihre Wiederkehr kann mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, da die Ursachen ihres Scheiterns fortbestehen. Allerdings wird es auch in den fortgeschrittensten Transformationsländern noch Jahrzehnte dauern, bis die letzten Nachwirkungen ihrer planwirtschaftlich-kommunistischen Vergangenheit überwunden sind.

Es ist inzwischen allgemein bekannt, dass die grundlegenden Fehler jenes Systems nur Übersteigerungen von Fehlern waren, die auch in vielen Entwicklungsländern und sogar in fortgeschrittenen marktwirtschaftlichen Ländern in reichlichem Mass gemacht worden sind und weiter gemacht werden. Ebenso sind die Probleme der Transformation nur die übersteigerte Form von Problemen, die sich in vielen Entwicklungsländern in den letzten Jahrzehnten gestellt haben und noch stellen, die aber auch bei der Eindämmung allzu ausufernder Wohlfahrts- und Interventionsstaatlichkeit in fortgeschrittenen Marktwirtschaften auftreten. Die Erkenntnisse, die aus der Kritik der Planwirtschaft und aus den Problemen der Transformation gewonnen werden, können deshalb mutatis mutandis auch auf viele Gegenwarts- und Zukunftsprobleme von Entwicklungsländern und fortgeschrittenen Marktwirtschaften übertragen werden. Umgekehrt bedarf es zur Analyse der Planwirtschaft und der Transformation keiner speziellen Theorien. Anwendbar sind neben der elementaren mikro- und makroökonomischen Theorie vor allem die Ordnungs- und Institutionentheorie sowie die Wachstums- und Entwicklungstheorie, um nur die wichtigsten zu nennen.¹

Der Aufsatz ist wie folgt aufgebaut :

Das II. Kapitel beschäftigt sich mit der Vorgeschichte der Transformation. Gefragt wird, warum es den Kommunismus und die Planwirtschaft überhaupt gegeben hat, an welchen Problemen dieses System gescheitert ist und warum dies gerade am Ende der 80er Jahre geschah. Diese Tatsachen geraten allzu

¹ Bei der Anwendung dieser Theorien sind im konkreten Fall allerdings immer auch die besonderen Anfangs- und Randbedingungen zu berücksichtigen. Aus diesem Grund gelten die Aussagen des vorliegenden Aufsatzes in erster Linie für die europäischen Transformationsländer (einschliesslich Russlands) und wären auch dort von Land zu Land näher zu spezifizieren. Die Länder des ehemaligen russischen bzw. sowjetischen Kolonialreichs in Innerasien müssten wegen der allzu verschiedenen Anfangs- und Randbedingungen separat diskutiert werden.

schnell in Vergessenheit. Ihre Kenntnis ist aber nötig, wenn man die besonderen Probleme der Transformationsländer verstehen und die Wiederholung von Fehlern vermeiden will.

Im III. Kapitel wird zusammenfassend die Ausgangslage der Transformationsländer zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der kommunistischen Planwirtschaft beschrieben.

Im IV. Kapitel folgt ein Überblick über die Reformdiskussionen, in denen sehr unterschiedliche Ziele und Strategien für den Transformationsprozess vorgeschlagen worden sind.

Tatsächlich haben die verschiedenen Transformationsländer dann zunächst auch sehr unterschiedliche Wege eingeschlagen und damit sehr unterschiedliche Erfolge gehabt. Inzwischen beginnen die Strategien allerdings auf Grund der gemachten Erfahrungen zu konvergieren. Diese Erfahrungen, über die im V. Kapitel berichtet wird, sind nicht nur für das irgendwann einmal abgeschlossene Transformationsproblem nützlich, sondern tragen generell zum Verständnis marktwirtschaftlicher Reformen bei.

Im VI. Kapitel werden die Schlussfolgerungen aus der Transformationsgeschichte für die Themen "marktwirtschaftliche Reformen", "Entwicklung" und "Globalisierung" gezogen.

Über die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft ist in den letzten eineinhalb Jahrzehnten eine geradezu uferlose Literatur erschienen, wovon allerdings Manches schon beim Erscheinen veraltet war und Weiteres bald durch die Ereignisse überholt wurde. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Literatur ist daher in vielen Fällen nur noch von begrenztem Nutzen und hier jedenfalls nicht beabsichtigt. Es wird daher im Text sparsam zitiert. Jedoch findet der interessierte Leser am Schluss eine Literaturliste, die einen vertieften Einstieg ermöglichen soll.

Im Anhang werden schliesslich einige der wichtigsten Strukturzahlen für ausgewählte Transformationsländer präsentiert und kurz kommentiert.

Ich danke den Teilnehmern meiner Seminare über Transformationsprobleme, insbesondere lic.rer.pol. Ivan Baron Adamovich, für zahlreiche nützliche Informationen und Diskussionen und cand.rer.pol. Kjell Kolden für seine Arbeit "Die wirtschaftliche Transformation Osteuropas. Indikatoren und statistische Daten seit 1989" (unveröffentlicht, Freiburg 2002), die Tabelle 1 und 2 sowie dem statistischen Anhang zugrunde liegt.

II. VORGESCHICHTE

1. Warum hat es den Kommunismus und die Planwirtschaft gegeben ?

Die Frage, warum es den Kommunismus und die Planwirtschaft gegeben hat, bleibt deswegen interessant, weil einige der Gründe heute und mit grosser Wahrscheinlichkeit auch in der Zukunft fortbestehen und dafür sorgen werden, dass das marktwirtschaftliche System immer wieder in Frage gestellt wird.

Sehr allgemein gesprochen, liegen dem Kommunismus und der Planwirtschaft Tatsachen, Meinungen über Tatsachen und Normen zugrunde sowie Theorien, die die Tatsachen und Normen je erklären und miteinander verknüpfen sollen.²

a) Tatsachen

Zu den wichtigsten historischen Tatsachen des 19. Jahrhunderts, die an den Wurzeln von Kommunismus und Planwirtschaft liegen, gehören :

- die industrielle Revolution,
- die dadurch hervorgerufenen gesellschaftlichen Umwälzungen, insbesondere die Entstehung einer Arbeiter- und einer Kapitalistenklasse,
- die vergleichsweise elenden Lebensumstände der Arbeiter und die wesentlich besseren Lebensumstände der Kapitalisten,
- die erheblichen Konjunkturschwankungen,
- die vor allem in den Depressionen sehr grosse Zahl von Arbeitslosen,
- die grossen langfristigen Produktivitätsfortschritte und schliesslich
- die Urbanisierung und Mobilisierung mit mannigfaltigen Aspekten der gesellschaftlichen Modernisierung als Folgen.

Viele dieser Probleme gehören übrigens in heutigen Entwicklungsländern immer noch zu den aktuellen Tatsachen.

b) Meinungen über Tatsachen

Zu den wichtigsten Meinungen über Tatsachen gehören gewisse Verallgemeinerungen und Tendenzaussagen, insbesondere

² Für einen ersten Überblick mit umfassenden Literaturhinweisen vgl. HdSW, Bd. 7, Fetscher (1961); HdSW, Bd. 7, Peter (1961); HdSW, Bd. 8, Maus (1964); HdSW, Bd. 9, Landshut (1956); HdWW, Bd. 5, Wenturis (1980); HdWW, Bd. 7, Stuke (1977); HdWW, Bd. 7, Ortlieb und Lösch (1977); HdWW, Bd. 12, Schlesinger (1965).

- das eiserne Lohngesetz und die Verelendungstheorie,
- die Krisentheorie,
- die Konzentrationstheorie,
- die Entfremdungstheorie

und als Konsequenz von alledem die Theorie von der zugleich unvermeidlichen und auch wünschenswerten revolutionären Überwindung der kapitalistischen Marktwirtschaft und ihrer bürgerlichen Gesellschaft.

Während die Tatsachen mindestens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts für England und viele andere sich industrialisierende Länder im wesentlichen zutrafen, erwiesen sich die Verallgemeinerungen und Tendenzaussagen ausnahmslos als falsch. Da diese Aussagen eine wesentliche Rechtfertigung für den Kommunismus und die Planwirtschaft darstellten, wurde an ihnen mit allerlei nachgeschobenen Zusatztheorien³ und -interpretationen³ auch noch festgehalten, nachdem sie empirisch längst widerlegt waren.

Die offenkundige Inkongruenz der kommunistischen Weltanschauung mit der tatsächlichen Entwicklung hat wesentlich zu ihrem intellektuellen Scheitern beigetragen. Gleichwohl gab und gibt es bis auf den heutigen Tag Intellektuelle und Politiker, die - auch ohne Zwang - dieses Scheitern nicht zur Kenntnis nehmen und eine völlig veränderte Welt mit völlig neuen Entwicklungstendenzen in die alten Denkschemata pressen wollen, so insbesondere Teile der 68er Generation und neuerdings wieder Teile der Globalisierungsgegner. Es ist allerdings wenig wahrscheinlich, dass sie damit à la longue viel Erfolg haben werden.

c) Normative Anschauungen

Grundlegend anders dürfte die Situation hingegen in Bezug auf die normativen Fundamente (vor allem) des Kommunismus und (weniger) der Planwirtschaft sein. Werte wie formelle *und* materielle Gleichheit, soziale Sicherheit, Vorrang der Gemeinschaftlichkeit vor dem Individualismus und Formung des Individuums durch die Gemeinschaft, Vorrang der immateriellen vor den materiellen Bedürfnissen, Frieden und (neuerdings) Nachhaltigkeit, um nur die wichtigsten zu nennen, haben unter den Menschen immer zahlreiche Anhänger gehabt; und das wird auch so bleiben. Viele Idealisten sind Kommunisten geworden, weil sie

³ Z.B. die in immer neuen Varianten bis heute weltweit sehr populäre(n) Imperialismustheorie(n) sowie die zeitweilig in den hochentwickelten Ländern viel diskutierte Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Beide Theorien gehen ursprünglich im wesentlichen auf Lenin zurück. Für einen ersten Überblick mit umfassenden Literaturhinweisen vgl. HdSW, Bd. 5, Maus (1956); HdWW, Bd. 4, Mommsen (1978); HdWW, Bd. 7, Koch (1977).

glaubten, auf diese Weise, insbesondere auch mit den Mitteln der Planwirtschaft, die Werte, denen sie sich verpflichtet fühlten, am besten realisieren zu können. Die Erkenntnis, dass dies ein Irrtum war, war schmerzlich und ist von vielen immer wieder verdrängt worden.

Auch nachdem sich der Kommunismus und die Planwirtschaft als schreckliche Illusionen⁴ erwiesen haben, werden die sozialistischen Werte eine normative Herausforderung bleiben. Gesucht wären allerdings Mittel zu ihrer Realisierung, die bedeutend niedrigere Kosten in der Form der Beeinträchtigung anderer Werte nach sich ziehen als der Kommunismus und die Planwirtschaft.

d) Theorien

Hinter den Ideen von Kommunismus und Planwirtschaft stecken ganze Bündel von konkreten Theorien, von denen bereits einige genannt worden sind. Es fehlt hier der Raum, um darauf im einzelnen einzugehen.

Wichtig ist aber zu sehen, dass hinter diesen konkreten Theorien zwei grosse Metatheorien bzw. eine sehr optimistische Erkenntnistheorie stehen. Die beiden Metatheorien sind der deterministische Glaube an eine erkennbare geschichtliche Entwicklung und der planwirtschaftliche (und interventionistische) Glaube an eine prinzipielle und auch tatsächliche Erkenn- und damit Steuerbarkeit von Wirtschaft und Gesellschaft.

Der historische Determinismus ist, wie zuvor schon dargelegt, durch die tatsächliche Entwicklung mit aller wünschenswerten Deutlichkeit dementiert worden und kann auch erkenntnistheoretisch als überwunden gelten.⁵ Dies müsste eigentlich in der gleichen Weise auch für den Steuerungsoptimismus zutreffen, der empirisch nicht gerechtfertigt ist und erkenntnistheoretisch mit denselben Argumenten angegriffen werden kann wie der historische Determinismus.⁶ Aber während an deterministischen Geschichtsspekulationen heute kaum noch jemand Interesse hat, bestehen an dem planwirtschaftlichen (bzw. heute eher interventionistischen) Steuerungsglauben nach wie vor zahlreiche konkrete und politisch relevante Interessen.

Die Erkenn- und Machbarkeit ist allerdings nur notwendig, aber keineswegs hinreichend für eine erfolgreiche Planwirtschaft. Dazu muss kommen, dass die

⁴ Vgl. stellvertretend für eine umfangreiche Literatur Courtois (1998).

⁵ Man vergleiche dazu vor allem Popper (1971).

⁶ Mit diesem Thema hat sich F.A. von Hayek in vielen seiner Schriften auseinandergesetzt. Grundlegend sind vor allem "Die Theorie komplexer Phänomene", "Die Anmassung von Wissen", und "Die Irrtümer des Konstruktivismus und die Grundlagen legitimer Kritik gesellschaftlicher Gebilde", alle in Hayek (1996).

”richtigen“ Leute mit den ”richtigen“ Zielen an die Hebel der Macht gelangen (und dort bleiben), und dies ist in der herkömmlichen Demokratie mit ihrer schwankenden Wählergunst keineswegs garantiert. Die erfolgreiche Steuerung des Systems bedarf einer aufgeklärten, selbstlosen Elite, die an der Macht bleibt und zugunsten der ”richtigen“ Ziele auch Zwang anwenden darf. Auch diese Idee hat eine alte Geschichte, die sich bis zu den frühesten Zeugnissen der Staatstheorie nachweisen lässt, und besitzt bis heute viele Anhänger. Den zahllosen schlimmen Erfahrungen, ihrer erkenntnistheoretischen Aufarbeitung durch Hayek und Popper und der alternativen Modellierung durch die ökonomische Theorie der Politik ist es bisher nur sehr teilweise gelungen, das gefährliche alte Elitemodell der Politik zu verdrängen.

e) **Schlussfolgerungen**

Von den geistigen Grundlagen von Kommunismus und Planwirtschaft sind also deren zwei im wesentlichen obsolet : die Tatsachen und die historischen Tendenzaussagen. Beide wurden durch die wirkliche Entwicklung überwunden bzw. widerlegt. Drei weitere hingegen bleiben zumindest eingeschränkt wirksam : die normativen Überzeugungen der Sozialisten sowie der Steuerungsoptimismus und die Staats- bzw. Elitegläubigkeit der Interventionisten. Kommunismus und Planwirtschaft werden *so* nicht wiederkehren; aber der Kapitalismus und die Marktwirtschaft werden sich auch in Zukunft immer wieder von neuem der normativen Kritik und der interventionistischen Herausforderung stellen müssen.

2. Die wichtigsten ökonomischen Probleme der Planwirtschaft⁷

Es ist wohl fair, ein System an dem Anspruch zu messen, mit dem es auftritt. Die Marxsche Theorie war eine ökonomisch-soziologische Entwicklungstheorie, in der für die kapitalistische Marktwirtschaft zwar ein hohes Mass an Effizienz und Dynamik zugestanden, zugleich aber eine zunehmende ökonomische und soziale Instabilität behauptet wurde, an der sie schliesslich scheitern werde.

Über den Kommunismus hat sich Marx selbst kaum konkret geäußert. Aber es ist offensichtlich, dass er ihn für ein effizientes und stabiles (weil gerechtes) System gehalten hat.⁸ Diese Meinung haben dann während annähernd hundert

⁷ Vgl. Kleinewefers (1985) vor allem S. 403-449.

⁸ Aus den Marxschen Theorien müsste man eigentlich schliessen, dass es im Kommunismus keine Dynamik mehr gibt, was auch zur Theorie und Realität der Planwirtschaft passen würde. Der historische Zufall der Revolution in einem unterentwickelten Land und die Notwendigkeit der Entwicklung in diesem Land und der Konkurrenz mit den fortgeschrittenen Marktwirtschaften hat dann aber in der Praxis die Probleme der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Dynamik in den Vordergrund gerückt, zu denen weder die Marxschen

Jahren alle theoretischen und praktischen Apologeten der kommunistischen Planwirtschaft vertreten. Die Systemkonkurrenz wurde, wenn nicht militärisch, dann vor allem auf dem ökonomischen Gebiet ausgetragen⁹; noch Gorbatschow hat - wie praktisch alle seine Vorgänger - davon geträumt und geredet, dass die reformierte kommunistische Planwirtschaft sich als der kapitalistischen Marktwirtschaft überlegen erweisen werde.¹⁰ Dass in Wahrheit der absolute und relative ökonomischer Rückstand immer grösser wurde, hat mehr als alles andere zum Zusammenbruch des Kommunismus beigetragen.

Im folgenden werden die wichtigsten ökonomischen Probleme der kommunistischen Planwirtschaft aufgelistet, aber nur ganz kurz erläutert, da sie noch hinreichend bekannt sein dürften.

a) Zwei Grundprobleme

Die beiden Grundprobleme sind das Informationsproblem und das Anreizproblem.

Das *Informationsproblem* besteht darin, dass der Zentrale nicht nur bei weitem zu wenig, sondern vor allem auch systematisch verfälschte Informationen für ihre Aufgaben (Planung, Steuerung, Kontrolle) zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund erhalten auch die Betriebe nur sehr mangelhafte Informationen und Vorgaben und können dementsprechend auch nur sehr mangelhaft kontrolliert werden, so dass eigene Handlungsspielräume offen bleiben. Da sie aber keine anderen Informationsquellen haben, könnten die Betriebsleiter diese Handlungsspielräume auch dann nicht zum allgemeinen Besten ausnützen, wenn sie es als sozialistische "neue Menschen" wollten.

In Wahrheit ist aber auch der homo sovieticus ein homo oeconomicus, der Handlungsspielräume entsprechend den gegebenen *Anreizen* im eigenen Interesse nutzt. Diese Anreize sind aber in der kommunistischen Property-Rights- und Institutionenstruktur im allgemeinen - natürlich unbeabsichtigt - so, dass individuelles Handeln nicht zu gesellschaftlichem Nutzen führt. Es ergeben sich bei weitem häufiger Null- und Negativ- als Positivsummenspiele.

noch die orthodox-marxistische Theorie viel beizutragen hatten; und der innovativ-marxistische Ansatz von Bahro (1977) kam zu spät und wurde überdies unterdrückt.

⁹ Natürlich wird auch die militärische Systemkonkurrenz à la longue weitgehend ökonomisch entschieden.

¹⁰ "Die Hauptfrage in der Theorie und Praxis des Sozialismus besteht darin, wie auf sozialistischer Grundlage stärkere Stimuli des wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und sozialen Fortschritts als im Kapitalismus geschaffen . . . werden können." Gorbatschow (1989) S. 468.

b) Praktische Konsequenzen

Mittels der unterschiedlichsten Kausalzusammenhänge führen die Informations- und Anreizprobleme auf der praktischen Ebene zu zahllosen Schwierigkeiten, von denen im folgenden nur die wichtigsten genannt seien.

- Produktionsineffizienz

Die kommunistische Planwirtschaft produziert weit innerhalb der optimalen Transformationskurve.

- Allokationsineffizienz

Die Produktion ist bei weitem nicht bedürfnisgerecht.

- Umweltverschleiss

Übermäßiger Umweltverschleiss ist ein Spezialaspekt der Produktions- und Allokationsineffizienz.

- Innovations- und Wachstumsschwäche

Die Innovations- und Wachstumsschwäche ist der dynamische Aspekt der Ineffizienz. Sie war dafür verantwortlich, dass der ab etwa 1970 notwendige Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstum¹¹ nicht geschafft werden konnte, wodurch der Rückstand zur Marktwirtschaft absolut und relativ immer grösser wurde.

- Inflexibilität und Instabilität

Dieser Punkt ist oft übersehen worden, weil die Instabilität der Planwirtschaft, ganz abgesehen davon, dass die Statistiken systematisch gefälscht wurden, nicht an denjenigen Indikatoren beobachtet werden kann, die die Konjunkturschwankungen in der Marktwirtschaft vor allem charakterisieren : Preisniveauveränderungen und Änderungen des Beschäftigungsgrads. Mangels anderer Anpassungsmechanismen schlug die Instabilität der Planwirtschaft voll auf den realen Lebensstandard der Menschen durch, dessen Schwankungen (auf einem viel niedrigeren Niveau) wesentlich stärker waren als in den fortgeschrittenen Marktwirtschaften.

¹¹ Bei extensivem Wachstum basiert die Outputvermehrung ganz oder bei weitem überwiegend auf dem Einsatz zusätzlicher physischer Produktionsfaktoren. Intensives Wachstum hingegen basiert überwiegend auf dem Einsatz zusätzlichen Wissens.

Die Instabilität ist eine Folge der Inflexibilität. Das Planungsverfahren ist langwierig und teuer, so dass ein einmal festgestellter Plan nicht mehr geändert, d.h. an veränderte Bedingungen angepasst werden kann. Zur Inflexibilität trägt auch die Zentralisierung wesentlich bei, die den mehr oder weniger weitgehenden Fehlerausgleich verunmöglicht, der sich bei dezentralisierten Entscheidungen (und geeigneten Anreizen) sehr häufig, wenn auch nicht immer, von selbst ergibt.

Die Instabilität des Systems war für seine Anhänger besonders schmerzlich, war doch die Behauptung, das Marktsystem sei chaotisch, die Planwirtschaft hingegen stabil, eine ihrer *raison d'être*.

- versteckte Arbeitslosigkeit

Die enorme Ineffizienz des Systems schlug sich in einem hohen Bedarf an Arbeitskräften nieder, deren Produktivität jedoch sehr niedrig war. Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz hat man das auch genannt. Der bekannte Witz "Das System tut so, als ob es uns bezahlt; und wir tun so, als ob wir dafür arbeiten." zeigt, dass die Erkenntnis der Zusammenhänge allgemein verbreitet war (und erst nach der Wende von vielen schnell vergessen wurde).

- weiche Restriktionen

Man versteht darunter einen besonderen Aspekt des Anreizsystems, der darin bestand, dass (vor allem wegen Ineffizienz) überhöhter Ressourcenverbrauch nicht sanktioniert, sondern durch zusätzliche Mittel (z.B. Subventionen) akkomodiert wurde, womit natürlich ein neuer Anreiz für Ineffizienz gegeben wurde. Konkret bedeutete das, dass Betriebe nicht in Konkurs gehen und Arbeitsplätze nicht abgebaut werden konnten, mochten sie auch noch so unproduktiv sein, sondern durch immer neue Subventionen am Leben gehalten wurden. Die weichen Restriktionen waren auch ein Zeichen der Schwäche des Systems, das seine eigenen Vorgaben häufig nicht durchzusetzen wagte.

- zurückgestaute Inflation

Während die Preise administrativ festgesetzt und konstant gehalten wurden, wurde je länger je mehr die Geldmenge ausgeweitet, um u.a. die Rüstung, die Sozialausgaben und die Subventionen (vgl. vorher : weiche Restriktionen) zu bezahlen. Die Leute hatten immer mehr Geld, konnten damit aber nicht mehr kaufen. Dieser Geldüberhang führte zu Beginn der Transformation nach der Freigabe der Preise überall zu einer starken offenen (Anpassungs)Inflation.

- Mangelwirtschaft

Man versteht darunter den Nachfrageüberhang bzw. die Knappheit, die durch die Geldmengen- bzw. Nachfrageausweitung bei gestoppten Preisen und konstantem bzw. hinterher hinkendem Angebot hervorgerufen wurde. Man spricht auch von einer angebotsbeschränkten Wirtschaft bzw. von Anbietermärkten, wo die ökonomische Macht auf der Angebotsseite liegt und von Konsumentensouveränität nicht gesprochen werden kann. Formal wurde die Mangelwirtschaft durch die Freigabe der Preise beseitigt, materiell allerdings erst durch die im Transformationsprozess später folgende Angebotsausweitung.

- Gleichheit und soziale Sicherheit auf sehr niedrigem Niveau

Das kommunistische System war, wenn man die Kaste der höheren Funktionäre einmal ausser acht lässt, tatsächlich durch mehr Gleichheit gekennzeichnet als die kapitalistische Marktwirtschaft. Die Arbeitsplätze waren sicher, und es existierte ein umfassendes System der sozialen Sicherung - allerdings auf einem der niedrigen Effizienz entsprechenden niedrigen materiellen Niveau. Es hat sich gezeigt, dass die grosse Mehrheit der Menschen mit diesem Punkt auf der Trade-off-Kurve zwischen "equity" und "efficiency" nicht zufrieden war, wenn sich wohl auch manch einer über die Bedeutung von Effizienz nicht ganz im klaren war und eher von "arbeiten wie im Kommunismus und verdienen wie im Kapitalismus" geträumt hat.

- Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht

Mit diesem Stichwort soll darauf hingewiesen werden, dass die Defekte der kommunistischen Planwirtschaft sich nicht auf ihre wirtschaftlichen Ergebnisse beschränkten.

Die Machtkonzentration hatte ökonomische Aspekte, einerseits in dem sich der Staat und seine Unternehmungen als Monopolisten verhalten konnten und dies auch taten und andererseits in dem sie die gesamten Ressourcen der Gesellschaft kontrollierten und zu ihrer Selbsterhaltung einsetzen konnten.

Planwirtschaftliche Experimente in demokratischen Ländern, die es ja auch gegeben hat, konnten vor allem deswegen nicht lange durchgehalten werden, weil der Staat hier nicht diese umfassende Kontrolle und Verfügbarkeit über die Ressourcen besaß.

Darüber hinaus hat die einseitige und umfassende Machtkonzentration beim Staat aber offenkundige politische und gesellschaftliche Relevanz, auf die hier nicht näher eingegangen wird, die deswegen aber nicht vergessen werden sollte.

3. Zum Zeitpunkt der Wende (1985-1990)

Obwohl die wichtigsten praktischen¹² Probleme von Kommunismus und Planwirtschaft von einer grösseren Zahl von Autoren ziemlich früh erkannt worden sind, haben nur wenige die grundsätzliche Überlebensfähigkeit des Systems bezweifelt und kaum einer¹³ seinen Untergang auch nur annähernd für denjenigen Zeitraum vorausgesagt, in dem er dann tatsächlich eingetreten ist.

Es sind vor allem die anschliessend beschriebenen inneren und äusseren Entwicklungen, die die kommunistische Planwirtschaft am Ende des 20. Jahrhunderts so geschwächt haben, dass sie schliesslich zusammenbrach. Für den genauen Zeitpunkt und die Art und Weise der Wende waren natürlich auch die handelnden Personen, insbesondere Gorbatschow in der Sowjetunion, von Bedeutung. Aber letztlich waren sie nur die zufälligen Vollstrecker der Geschichte zu einem zufälligen Moment. Nicht viel früher oder nicht viel später hätten auch andere Personen die unvermeidbaren Konsequenzen aus der Entwicklung ziehen müssen; es wird allerdings für immer ungewiss bleiben, ob der Umsturz in jedem Fall so relativ friedlich verlaufen wäre.¹⁴

a) Ökonomische Entwicklungen

Die ökonomische Entwicklung in den marktwirtschaftlichen Ländern lässt sich seit dem zweiten Weltkrieg im wesentlichen mit folgendenden Stichworten beschreiben : Wachstumsbeschleunigung durch technischen und ökonomischen Fortschritt; ständig zunehmende internationale Arbeitsteilung, Konkurrenz und Interdependenz (Globalisierung); Bedeutungswandel bei den Ressourcen (Humankapital) und Präferenzwandel bezüglich der Güter; als Ergebnis von alledem enorm gesteigerte Komplexität und beschleunigte Veränderung.

Die Planwirtschaft ist ein Koordinationssystem, das am ehesten mit (quasi)stationären und wenig komplexen Verhältnissen fertig wird. Sie ist auch noch in der Lage, auf der Basis überschüssiger Ressourcen eine reines Mengenwachstum bei kaum veränderter Input- und Outputstruktur zu bewältigen (sog. exten-

¹² Die normativen Probleme sind natürlich ebenfalls von allem Anfang an diskutiert worden.

¹³ Bekannte Ausnahmen sind vor allem Amalrik (1981) und R. Bahro (1977). Die Prognose von Carrère d'Encausse (1978), die Sowjetunion werde an ihren Nationalitätenkonflikten zerbrechen, ist zwar durch den wirtschaftlichen Zerfall als Auslöser überholt worden, hat aber viele der bis heute darauf folgenden Ereignisse richtig vorausgesehen.

¹⁴ Die Kriege in Tschetschenien und in Ex-Jugoslawien sind - so schlimm sie für die Betroffenen auch sind - doch nur zwei einzelne Beispiele dafür, was in der gesamten ehemals sozialistischen Welt hätte geschehen können und von Amalrik (1981) und Carrère d'Encausse (1978) auch für die ehemalige Sowjetunion vorausgesagt worden ist. Allerdings soll man gewiss auch in dieser Hinsicht den Tag nicht vor dem Abend bzw. die Geschichte nicht vor ihrem weiteren Ablauf loben.

sives Wachstum). Aber sie versagt bei (wissens- bzw. innovations)intensivem Wachstum mit starkem Strukturwandel und zunehmender Komplexität.

Der endgültige Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstum hat in den fortgeschrittenen marktwirtschaftlichen Ländern in den siebziger Jahren (nicht ohne Übergangsprobleme) stattgefunden. Die planwirtschaftlichen Länder haben diesen Übergang nie geschafft. Einer Periode schnellen, aber im wesentlichen extensiven Wachstums der meisten Länder in den fünfziger und sechziger Jahren folgte dort eine annähernd zwanzigjährige generelle Stagnation. Der dadurch verursachte wirtschaftliche Rückstand gegenüber den marktwirtschaftlichen Ländern musste früher oder später zur Wende führen.

b) Gesellschaftliche Entwicklungen

Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung und nicht zuletzt auf Grund der erheblichen Alphabetisierungs- und Bildungsanstrengungen der kommunistischen Regierungen hat sich die Gesellschaft vor allem in denjenigen Ländern zunehmend differenziert, die vor der kommunistischen Machtergreifung auf einem vergleichsweise niedrigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niveau gewesen waren. Es entstand ein Mittelstand von Intellektuellen und Spezialisten, auf den das Regime bei der zunehmenden Komplexität der Verhältnisse immer weniger verzichten konnte, dessen Mitglieder aber ihrerseits nur Karriere machen konnten, wenn sie sich zumindest äusserlich regimekonform verhielten, auch wenn sie innerlich dessen praktische und moralische Unzulänglichkeit längst erkannt hatten. Diese ganze Entwicklung ist vor allem von Bahro (1977) vorzüglich und detailliert beschrieben worden.

Es entstand die eigenartige Situation, dass zwar fast alle Wirtschaftskader in der Partei waren und dort zum Teil sogar Schlüsselposten besetzten, aber die Ideologie und Praxis der Partei nicht mehr ernst nahmen und schon gar nicht mehr für zukunftsfähig hielten. Dafür ist oft das sehr zutreffende Bild vom Balken verwendet worden, der innerlich vom Holzwurm völlig zerfressen ist, ohne dass man ihm das von aussen ansehen könnte. Es bedarf dann nur noch eines geringen Anstosses, um den scheinbar soliden Balken zu Staub zerfallen zu lassen.

Diese gesellschaftlichen Entwicklungen erklären nicht nur annähernd den Zeitpunkt der Wende, sondern auch ihren erstaunlich friedlichen Verlauf und das Phänomen, dass sich die meisten ehemals kommunistischen Kader so ausserordentlich schnell an die neuen Verhältnisse anpassen konnten.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, dass die Modernisierung von zuvor rückständigen Gesellschaften, insbesondere die Alphabetisierung und Bildung,

in vielen kommunistischen Ländern (wie schon immer in der neueren Geschichte) den Nationalismus gefördert hat und damit eine wichtige Ursache für den Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens (und den Abfall der Slowakei von der ehemaligen Tschechoslowakei) geworden ist.

c) Informationstechnische Entwicklungen

Was zum technischen Fortschritt im allgemeinen zu sagen ist, findet man unter dem Stichwort "ökonomische Entwicklungen". Die kommunistischen Länder hatten zwar eine hochstehende Naturwissenschaft, aber die Umsetzung in ökonomisch verwertbaren technischen Fortschritt scheiterte an einem Anreizsystem, das die Kosten von Innovationen privatisierte, die Erträge hingegen sozialisierte.

Hier ist ein anderes Problem gemeint, nämlich die Entwicklung der Kommunikationstechnologie, die es je länger desto schwieriger machte, die Bevölkerung der kommunistischen Länder von der Information über das Weltgeschehen abzuschneiden. Selbst diejenigen, die aus welchen Gründen auch immer dem Westen gegenüber politisch, gesellschaftlich oder kulturell skeptisch oder ablehnend blieben, konnten die Augen vor dem systembedingten und ständig zunehmenden ökonomischen Rückstand der kommunistischen Länder nicht verschliessen. Darüber hinaus war aber für die Masse der Bevölkerung zumindest in den europäischen Satellitenländern der Sowjetunion auch das politische und gesellschaftliche System der Demokratie mit Marktwirtschaft grundsätzlich attraktiver als die von aussen aufgezwungene kommunistische Parteidiktatur und Planwirtschaft. Und diese Attraktivität nahm in dem Mass zu, wie es mehr unverfälschte und unzensierte Information gab. Der Verlust des Informationsmonopols ab den 70er Jahren hat wesentlich zum Zusammenbruch des Kommunismus am Ende der 80er Jahre beigetragen.

d) (Welt)politische Entwicklungen

Es sind vor allem drei weltpolitische Entwicklungen, die dann konkret das Ende der kommunistischen Diktatur und Planwirtschaft herbeigeführt haben, also den bereits zerfressenen und ausgehöhlten Balken zu Staub zerfallen liessen.

Der erste Punkt ist die vor allem mit der intensivierten ökonomischen und informationstechnischen Interdependenz zusammenhängende Entwicklung einer Weltgesellschaft bzw. Weltöffentlichkeit, die - zumindest bei Ländern, die mit einem gewissen zivilisatorischen Anspruch auftreten - den Gebrauch von Gewalt nach innen wie nach aussen nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen hinnimmt, die nicht leicht zu erfüllen sind. Das kommunistische Imperium hätte mit Gewaltanwendung nach innen und aussen vermutlich noch einige Zeit lang

zusammengehalten werden können. Aber der Imageverlust vor der Weltöffentlichkeit wäre letztlich selbstzerstörend gewesen.

Zweitens wurde der ökonomische Rückstand der planwirtschaftlichen Länder endgültig offenbar, als die Vereinigten Staaten unter Carter und dann vor allem unter Reagan den von der Sowjetunion unter Breschnew ausgelösten Rüstungswettlauf annahmen (Nachrüstungsdoppelbeschluss der NATO 1979). Die sowjetische Führung, die über den Westen im allgemeinen besser informiert war als umgekehrt, erkannte binnen kurzem, dass sie in diesem Wettlauf nicht mithalten konnte. Neben dem traditionellen Primat der Politik über das Militär im kommunistischen System erklärt dies, was damals vielen als ein Rätsel erschien, warum das Militär die Innen- und Aussenpolitik Gorbatschows nicht unterbunden hat.

Der dritte Punkt ist in gewisser Weise nur ein Anwendungsfall der beiden zuvor genannten. Es handelt sich um den verlorenen Afghanistankrieg (1979-1989). Der Krieg war je länger je weniger ökonomisch tragbar und (in vieler Hinsicht ähnlich wie wenige Jahre zuvor der Vietnamkrieg) vor der internen und weltweiten Öffentlichkeit zu vertreten. Sein schmachliches Ende diskreditierte das ganze Regime, insbesondere aber seinen inneren und äusseren Machtapparat, militärisch, ökonomisch und innen- wie aussenpolitisch.

III. AUSGANGSLAGE

1. Vorbemerkungen

Bei der Beschreibung der Ausgangslage vor der Transformation gibt es zwei grundlegende Probleme. Zum einen würde sie, anders als bei laufenden wirtschaftspolitischen Eingriffen, eine sehr umfassende ökonomische, politische und gesellschaftliche Darstellung erfordern; das kann in diesem Zusammenhang selbstverständlich nur andeutungsweise geleistet werden. Zum andern war die Situation in den einzelnen Ländern in vielen Punkten durchaus verschieden. Das gilt vor allem für Russland auf der einen und die übrigen mittel- und osteuropäischen Länder auf der anderen Seite, aber auch innerhalb der zweiten Gruppe. Auf diese Unterschiede wird hier nur sehr am Rand eingegangen. Das gezeichnete Bild ist also in jeder Hinsicht relativ abstrakt bzw. allgemein.¹⁵

¹⁵ Die mangelhafte Kenntnis der jeweiligen Ausgangslage in den einzelnen Ländern war in der ersten Zeit nach der Wende ein wesentliches Problem vieler Beiträge zur Reformdebatte und dementsprechend auch vieler Politikempfehlungen. Genauere Informationen kann man inzwischen den zahlreichen Länderstudien entnehmen, die z.B. von der OECD, vom IMF und von der Weltbank vorgelegt worden sind.

Das Kapitel könnte nach verschiedenen Kriterien gegliedert werden, wobei in jedem Fall Überschneidungen zwischen den einzelnen Aspekten unvermeidlich wären. Die gewählte Gliederung kombiniert Fakten, die sich im weiteren für längere Zeit als Restriktionen erweisen sollten, mit den Anknüpfungspunkten für die Reformen. An einigen wichtigen Stellen wird darauf hingewiesen, dass die Ausgangslage der exkommunistischen Länder in Mittel- und Osteuropa sich grundlegend von derjenigen in vielen Entwicklungsländern oder auch in China unterschied.

2. Produktionsfaktoren

In Bezug auf die Produktionsfaktoren waren für die hier betrachteten Länder die folgenden Merkmale typisch :

Der Faktor Arbeit war zwar vollbeschäftigt, aber wegen Fehlallokation und mangelnden Anreizen sehr ineffizient. Das Humankapital war im Prinzip gut ausgebildet, wurde jedoch ebenfalls wegen Fehlallokation und mangelnden Anreizen ineffizient genutzt. Ein wichtiger Spezialaspekt davon war die völlig ungenügende Innovationstätigkeit. Ausserdem fehlte es weitestgehend an dem für moderne Marktwirtschaften erforderlichen spezifischen Wissen und an der durch den ständigen Umgang mit Märkten erworbenen spezifischen Mentalität.

Der Faktor Realkapital war angesichts der für die kommunistischen Länder typischen hohen Investitionsquoten "statistisch" sehr reichlich vorhanden, jedoch vielfach veraltet, schlecht gewartet sowie ineffizient alloziiert und genutzt. Dies galt sowohl für die Betriebe als auch für die Infrastruktur. Ökonomisch gesehen, musste ein grosser Teil des vorhandenen Realkapitals abgeschrieben werden, so dass diese Länder trotz jahrzehntelangem Zwangssparen in Wahrheit nicht kapitalreich, sondern kapitalarm waren.

Der Boden wurde sehr ineffizient genutzt. An Boden und Umwelt wurde auch Raubbau betrieben.

Im Vergleich zu "konventionellen" Entwicklungsländern fallen positiv der hohe Bestand an Humankapital und negativ der hohe Bestand an physisch vorhandenem, jedoch ökonomisch wertlosem Realkapital in den alten Industrien auf.

3. Wirtschaftsstruktur

Die Wirtschaftsstruktur¹⁶ war dominiert durch den Industriesektor. Auch die Land- und Forstwirtschaft spielte im allgemeinen eine deutlich grössere Rolle als in den fortgeschrittenen Marktwirtschaften. Der Dienstleistungssektor war hingegen äusserst ungleich entwickelt; der Hypertrophie staatlicher "Dienstleistungen" standen das völlige Fehlen oder die mangelhafte Entwicklung vieler Dienstleistungen für die Wirtschaft und die Haushalte gegenüber, wobei namentlich der gesamte finanzielle Sektor zu erwähnen ist.

Weitere typische Merkmale waren die grossbetriebliche und monopolistische Struktur, die lokale Konzentration der Industrien, die grundsätzliche Binnenorientierung der Wirtschaft und die Konzentration des vorhandenen Aussenhandels auf das COMECON, entsprechend den wirtschaftlichen und politischen Vorgaben der Sowjetunion.

In Bezug auf die meisten dieser Merkmale unterscheidet sich die Ausgangssituation der exkommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas grundlegend von derjenigen "konventioneller" Entwicklungsländer, aber teilweise auch von derjenigen Chinas. Die besonderen strukturellen Merkmale waren die Folge jahrzehntelanger planwirtschaftlicher Fehlallokationen und erwiesen sich als schwere Hypothek für die Transformation, die in dieser Form in Entwicklungsländern nicht existierte.

4. Makroökonomie

Die makroökonomische Situation war durch grundlegende Ungleichgewichte bzw. Abweichungen von den Hauptzielen der Wirtschaftspolitik¹⁷ gekennzeichnet, die allerdings in einer speziellen Form auftraten, die in marktwirtschaftlichen Ländern nicht üblich ist.

Voll- oder sogar Überbeschäftigung kaschierte die hohe Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz. Rationierungen in den unterschiedlichsten Formen kaschierten die zurückgestaute Inflation. Devisenbewirtschaftung (auch eine Form von Rationierung) kaschierte Defizite in der Leistungsbilanz gegen über dem Weltmarkt, die dennoch in mehreren Ländern auch offen aufgetreten waren und zu einer teilweise beträchtlichen äusseren Verschuldung geführt hatten.

¹⁶ Vgl. auch die Anhangtabellen 10, 11, 12 und 13.

¹⁷ Der Katalog der Hauptziele der Wirtschaftspolitik ist umstritten und hat die Tendenz, mit der Zeit länger zu werden. Hier werden berücksichtigt : Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, Zahlungsbilanzausgleich, Budgetgleichgewicht, Wachstum, Umweltqualität und Verteilungsgerechtigkeit.

Dazu kamen, wenn auch statistisch vielfach verschleiert, hohe Budgetdefizite, ein niedriges durchschnittliches Einkommensniveau und fehlendes Wachstum sowie hoher Umweltverschleiss.

Einzig die Einkommens- und Vermögensverteilung ist möglicherweise, wenn man die Klasse der höheren Funktionäre ausklammert, von manchen oder gar vielen als zufriedenstellend angesehen worden; so wird es zumindest in der Rückschau vielfach dargestellt.

Die makroökonomische Situation der exkommunistischen Länder hatte, wenn man durch den Schleier ungewohnter Erscheinungsformen blickt, Ähnlichkeit mit derjenigen vieler "konventioneller" Entwicklungsländer. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass ihnen insoweit ähnliche Massnahmen empfohlen wurden.

5. Mikroökonomie

Aus mikroökonomischer Perspektive ist fundamental das weitgehende oder völlige Fehlen der grundlegenden ökonomischen Individualrechte, nämlich Eigentumsfreiheit, Vertragsfreiheit sowie Handels- und Gewerbefreiheit. Ohne diese Freiheiten sind Märkte mit freier Preisbildung im allgemeinen und die selbständige wirtschaftliche Tätigkeit auf eigene Rechnung bzw. die Unternehmungsgründung im besonderen nicht möglich.

Die von der kommunistischen Planwirtschaft an Stelle der Märkte im Inland wie auch in der Aussenwirtschaft benutzten Pläne, Regulierungen und Rationierungen konnten trotz zahlreicher Reformexperimente niemals die Informations- und Anreizwirkungen und damit die Koordinations- und Effizienzeigenschaften von Märkten auch nur annähernd erreichen. Das gilt insbesondere auch für die Gewährung von mehr Autonomie für die staatlichen Unternehmungen, die ohne Freigabe der Preise, ohne Beseitigung der Monopole und ohne harte Restriktionen auf den Absatz- und Beschaffungsmärkten, einschliesslich der Kreditierung bzw. Subventionierung, die Erwartungen nie erfüllen konnte.

Die mikroökonomische Situation der exkommunistischen Länder war gravierender als in vielen "konventionellen" Entwicklungsländern, die, soweit sich nicht ihrerseits auf dem sozialistischen Weg sind, zumindest über rudimentäre marktwirtschaftliche Strukturen verfügen.

6. Ökonomische Institutionen

Die Abgrenzung zwischen den mikroökonomischen Verhältnissen und den ökonomischen Institutionen ist insofern fließend, als natürlich auch die mikroökonomischen Verhältnisse auf vielfältigen institutionellen Voraussetzungen beruhen, von denen dort nur die grundlegenden wirtschaftlichen Individualrechte als Beispiel erwähnt wurden.

Zu den wichtigsten ökonomischen Institutionen, die in den exkommunistischen Ländern ganz oder weitgehend fehlten, gehören neben den grundlegenden ökonomischen Freiheitsrechten die entsprechenden Teile des Wirtschaftsrechts und dabei insbesondere auch das Schuldbetreibungs- und Konkursrecht, das Gesellschaftsrecht, das Banken-, Börsen- und Versicherungsrecht usw. Und natürlich benötigt ein Rechtswesen zu seiner effektiven Umsetzung auf der einen Seite eine Justiz und auf der anderen Seite Anwälte und Berater, die damit umzugehen verstehen.

Da die soziale Sicherung (im Fall von Krankheit, Unfall, Invalidität, Familienlasten, Arbeitslosigkeit, Alter oder Tod des Ernährers) im wesentlichen durch die "Gewerkschaften" im Rahmen der (Gross)Betriebe organisiert war, fehlten die entsprechenden betriebsunabhängigen Institutionen, die in einer modernen, mobilen und zu einem guten Teil klein- und mittelbetrieblich strukturierten Marktwirtschaft notwendig sind.

Auch das Steuersystem war nur rudimentär ausgebildet. Da die Betriebe staatlich waren, hätte der Staat im Prinzip seine gesamten Einnahmen aus Gewinnabschöpfungen bei den Betrieben bestreiten können. Die Realität entsprach nicht ganz dieser Konsequenz, kam ihr aber nahe. Im Fall einer Privatisierung der Betriebe musste also ein Steuersystem mitsamt den zugehörigen Behörden von Grund auf neu geschaffen werden.

Nicht zuletzt ist zu erwähnen, dass es keine unabhängige Zentralbank und keinen unabhängigen Finanzsektor (Banken, Versicherungen, Börsen etc.) gab. In der Zentralverwaltungswirtschaft ist die Zentralbank eine Kontoführungs- und Clearingstelle für die staatliche Gesamtwirtschaft. Kredite werden nach rein planwirtschaftlichen Kriterien vergeben. Sie haben eher Subventionscharakter und stellen insofern das Gegenstück zu den Gewinnabschöpfungen dar. Der Plan legt im Prinzip im Voraus fest, welcher Betrieb ein Defizit "erwirtschaften" soll und dementsprechend "Kredit" als Ausgleich erhält, und welcher Betrieb einen Überschuss aufweisen soll und entsprechende Gewinnabschöpfungen abführen wird. Die ganze Terminologie von Gewinnen, Verlusten, Gewinnabschöpfungen und Krediten bewirkt marktwirtschaftliche Assoziationen, die in die Irre führen.

In Wahrheit gibt es keinen marktwirtschaftlichen Vorstellungen entsprechenden finanziellen Sektor und keine entsprechende Zentralbank.

Das Vakuum der exkommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas in Bezug auf alle wichtigen ökonomischen Institutionen war bemerkenswert und ging weiter als in vielen "konventionellen" Entwicklungsländern.

7. Politische Institutionen

Die kommunistischen Länder waren scheindemokratische Parteidiktaturen. Das bedeutet, dass sie formell die meisten oder alle politischen Institutionen besaßen, die auch in westlichen Demokratien üblich sind. Aber diese Institutionen lebten nicht wirklich. Sie wurden ausschliesslich mit regimetreuen Leuten besetzt und zusätzlich durch parallele Herrschafts- und Kontrollinstitutionen der kommunistischen Partei überwacht und de facto substituiert.

Die Transformation erforderte hier vor allem die Beseitigung der informellen und parallelen Machtstrukturen und der entsprechenden Machtträger. Die "offiziellen" politischen Institutionen konnten dann effektiv diejenigen Funktionen übernehmen, die sie auch in den westlichen Demokratien haben.

8. Gesellschaftliche Institutionen

Diktaturen fürchten die Zivilgesellschaft. Alle Arten von dauerhaften zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen (Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen etc.) und erst recht alle Arten von spontanen zivilgesellschaftlichen Aktionen werden verboten, verfolgt, überwacht und/oder zweckentfremdet. Dasselbe gilt für Religionen, Weltanschauungen, Sitten und Gebräuche und Gewohnheitsrecht. Nicht zuletzt wird die Bedeutung der Familie reduziert und kontrolliert.

Die Gesellschaft soll weder autonome Bereiche noch horizontale Strukturen aufweisen. Beides ist aber essentiell sowohl für die ökonomische als auch für die politische und gesellschaftliche Dezentralisierung und Selbststeuerung.

Hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Institutionen hatten die kommunistischen Länder Ähnlichkeiten mit anderen Diktaturen. Auf der einen Seite scheint es, dass sie durch die lange Dauer der Diktatur und deren besondere Systematik stärker geschädigt waren. Auf der anderen Seite ist aber nicht zu übersehen, dass die wenigstens formale Fortexistenz wichtiger Institutionen und die

früher (II,3b) erwähnten gesellschaftlichen Entwicklungen die Reformen erheblich erleichtert haben.

IV. REFORMDISKUSSIONEN

1. Überblick

Obwohl wir im nachhinein die Gründe für den Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur und Planwirtschaft sehr genau kennen und auch den Zeitpunkt gut erklären können, traf die Wende den Osten wie den Westen ziemlich unvorbereitet. Viele hatten auf sie gehofft, aber kaum jemand hatte mit ihr zu seinen Lebzeiten gerechnet. Auch nach dem Beginn von Gorbatschows Reformen (ab 1985) glaubten noch die meisten, das Ergebnis werde zumindest vorläufig ein reformierter und demokratisierter Sozialismus bzw. irgendeine Form eines Dritten Wegs sein. Als sich dann aber 1989/90 die politischen Verhältnisse grundlegend änderten, wurde klar, dass die Ziele nunmehr Marktwirtschaft und Demokratie westlichen Musters waren.¹⁸ Die Frage war "nur" noch, wie und wie schnell diese Ziele zu erreichen sein würden.

Diese Frage konkretisierte sich in fünf Grundproblemen, die damals intensiv diskutiert wurden.¹⁹ Einige davon fanden sehr bald eine faktische Lösung, andere blieben während Jahren offen, können aber heute als weitgehend geklärt angesehen werden.

- Genügen wirtschaftliche Reformen oder müssen die Reformen auch auf den gesellschaftlichen und vor allem auf den politischen Bereich ausgedehnt werden ?
- Was muss zuerst kommen : die wirtschaftlichen oder die politischen Reformen ?
- Müssen die wirtschaftlichen Reformen umfassend sein oder genügen Reformen auf einzelnen Gebieten ?
- Sollen die Reformen auf einen Schlag bzw. sehr schnell durchgeführt werden oder können sie langsam und stufenweise erfolgen ?

¹⁸ Von Václav Klaus stammte damals das geflügelte Wort : "Der Dritte Weg führt direkt in die Dritte Welt."

¹⁹ Natürlich hatte seinerzeit fast jeder Teilnehmer an der Debatte seine eigene Liste von Grundproblemen; aber in der Rückschau erscheint die hier vorgelegte Gliederung sinnvoll.

- Wie lange wird der Übergangsprozess dauern und wie schwierig wird er sein, bis die angestrebten Ziele Marktwirtschaft und Demokratie auf dem Niveau der hochentwickelten westlichen Länder erreicht sind ?

2. Ökonomische und politische Reformen

Obwohl der Auslöser des ganzen Prozesses das wirtschaftliche Versagen der Planwirtschaft war, hat die Geschichte - ganz im Gegensatz zu den Hoffnungen von Gorbatschow und anderen Reformkommunisten - die politischen Antworten sehr bald vorweg genommen. Die politischen Reformen kamen zuerst; und sie waren schnell und umfassend. 1989/90 wurde ganz Mittel- und Osteuropa, worauf sich dieser Aufsatz beschränkt, demokratisch. Die politische Entwicklung ging hingegen in Russland, Weissrussland und der Ukraine teilweise und in Zentralasien, China und Vietnam bisher gänzlich andere Wege. Dort bleiben die oben genannten politischen Reformfragen weiterhin gestellt.

In Mittel- und Osteuropa blieben hingegen "nur" noch die ökonomischen Fragen offen, bei deren Beantwortung nun allerdings die neuen politischen Verhältnisse als Restriktionen in Rechnung zu stellen waren.

3. Umfang der ökonomischen Reformen

Man kann in Bezug auf die ökonomischen Reformen neben den Nostalgikern des alten (möglicherweise marginal im Gorbatschow'schen Sinn reformierten) Systems und den Romantikern des Dritten Wegs vor allem zwei Grundpositionen ausmachen, die in den damaligen intellektuellen Diskussionen vertreten wurden und sich dann in der demokratischen Auseinandersetzung auch als politisch relevant erwiesen :

Den Vertretern einer sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Position war klar (wenn sie auch nicht unbedingt darüber erfreut waren), dass die Reformen im Ergebnis das gesamte System betreffen und im Prinzip zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft führen würden. Man erhoffte sich aber den direkten Übergang zu einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat mit Mitbestimmung. Die Vertreter dieser Position glaubten, die Reformen könnten langsam, stufenweise und sozialverträglich durchgeführt werden, und erwarteten von jedem Schritt kurzfristig so grosse Effizienzgewinne, dass das angestrebte Ziel bereits auf dem Weg zumindest teilweise realisiert werden könnte.

Die Vertreter der radikalreformerischen Richtung waren ebenfalls der Ansicht, dass das System als ganzes reformiert werden müsse, jedoch in der Richtung

einer Marktwirtschaft "ohne Adjektive" (Václav Klaus). Sie hielten das Ziel eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats mit Mitbestimmung für weder realistisch noch wünschenswert. Auch die Radikalreformer waren sich darüber im klaren, dass eine Totalreform auf einen Schlag aus praktischen Gründen nicht möglich war. Sie wollten jedoch einen möglichst großen Teil der notwendigen makro- und mikroökonomischen Reformen möglichst schnell in einem "big bang" durchsetzen und die mehr Zeit benötigenden institutionellen Veränderungen nach einem straffen Zeitplan folgen lassen. Ihnen war schon ziemlich frühzeitig bewusst, dass es zunächst zu einer Transformationskrise kommen werde, wenn auch deren Ausmass und Dauer im allgemeinen unterschätzt wurde. Anschließend erwarteten jedoch auch sie schnelle und erhebliche wirtschaftliche Fortschritte.

Im einzelnen ergab sich ziemlich bald ein allgemeiner Konsens über die nachfolgend in der Systematik von Balcerowicz²⁰ genannten Reformbereiche.²¹ Der Konsens umfasste aber keineswegs immer den genauen Inhalt, das Ausmass, die einzusetzenden Mittel, die Reihenfolge und das Tempo der für notwendig erachteten Reformen.

a) Makroökonomische Stabilisierung

Bei der makroökonomischen Stabilisierung ging es um Geldwertstabilität, Budgetgleichgewicht und Zahlungsbilanzausgleich. Das übliche Instrumentarium hierfür ist ein Austeritätsprogramm, wie es in ähnlichen Situationen vom IWF und der Weltbank schon oft empfohlen worden ist.

Dabei ist offenkundig, dass die Nebenwirkungen eines solchen Austeritätsprogramms zumindest "vorübergehend" zu Lasten der Vollbeschäftigung und des Wachstums gehen und damit die Armen (vor allem Arbeitslose und Rentner) hart treffen.

Die drei Fragen, über die in diesem Fall immer diskutiert wird, sind daher, wie viel makroökonomische Stabilität nötig ist, wie lange "vorübergehend" dauert und ob es nicht andere oder zusätzliche Massnahmen gäbe, die die Nebenwirkungen abschwächen.

²⁰ Vgl. Balcerowicz (1995), insbesondere S. 155.

²¹ Entsprechend den Besonderheiten der Ausgangslage der exkommunistischen Länder ist dieser Reformkatalog wesentlich umfassender als der Washington Consensus, den er als Teilmenge umfasst. Zum Washington Consensus vgl. vor allem Williamson (1990, 1997, 2000).

b) Mikroökonomische Liberalisierung

Hierbei ging es vor allem um die Freigabe der Güter- und Faktorpreise, um die Abschaffung der Devisenbewirtschaftung und ein neues Wechselkursregime, um die Abschaffung der Import- und Exportregulierung und ihren Ersatz auf der Importseite durch mässige Zölle, um die Freigabe des internationalen Kapitalverkehrs sowie vor allem auch um die Gewährung und Durchsetzung der grundlegenden ökonomischen Individualrechte, um die Gründung privater Unternehmungen zu ermöglichen. Es bestand allgemeiner Konsens darüber, dass die mikroökonomische Liberalisierung notwendig war, um die Effizienz grundlegend zu verbessern. Klar war aber auch, dass die radikal veränderten Preisrelationen entsprechende Verteilungsfolgen nach sich ziehen und damit das Armutproblem verschärfen würden.

Auch wenn über die grundsätzliche Marschrichtung weitgehende Einigkeit bestand, wurde deshalb praktisch bei jedem einzelnen Punkt heftig über Ausmass, Tempo, genaue Ausgestaltung der Alternativen und Kompensationen für die Nebenwirkungen diskutiert.

c) Institutionelle Reformen

In der öffentlichen Diskussion ging es hier vor allem um Ausmass, Tempo und Methode der Privatisierung ehemaligen Staatseigentums, wobei die Meinungen in den Einzelheiten weit auseinander gingen, obwohl zumindest darüber Einigkeit bestand, dass Privatisierungen zur Verbesserung der Effizienz notwendig seien.

Der Aufbau eines rechtlichen Rahmens für die Marktwirtschaft, einer unabhängigen Zentralbank und eines privaten finanziellen Sektors, eines von den Betrieben unabhängigen Systems der sozialen Sicherheit und eines modernen Steuersystems standen etwas im Schatten der Eigentumsdebatte, waren aber nicht minder wichtig und gaben, vor allem was die soziale Sicherheit und das Steuersystem angeht, zu zahllosen Meinungsverschiedenheiten im Detail Anlass.

Dies gilt nicht zuletzt auch für die Diskussion um die Reform der politischen Institutionen, weniger hingegen für die gesellschaftlichen Institutionen, wo im wesentlichen nur über die künftige Rolle der Gewerkschaften debattiert wurde.

4. Reihenfolge und Tempo der ökonomischen Reformen

Die Frage der Reihenfolge und des Tempos der ökonomischen Reformen war aus mehreren Gründen von grosser Bedeutung und ist dementsprechend heftig

diskutiert worden, wobei bis heute kein endgültiger Konsens gefunden worden ist.²²

Das Standardszenario zur Sequenzierung der drei Reformbereiche lautete, dass die makroökonomische Stabilisierung zuerst erfolgen müsse und auch am schnellsten Wirkung zeigen werde. Die mikroökonomische Liberalisierung beinhalte mit der allgemeinen Freigabe der Güter- und Faktorpreise ein hohes Inflationspotential und setze aus diesem Grund die vorgängige Einleitung der makroökonomischen Stabilisierung voraus. Die Wirkungen der mikroökonomischen Liberalisierung auf die Effizienz der Güterallokation und die Verteilung würden sehr schnell eintreten, während sie im Bereich der Faktorallokation und der Produktionseffizienz mehr Zeit benötigten und zu einem guten Teil überhaupt erst im Zuge der Privatisierung realisiert werden könnten. Die institutionellen Reformen benötigten am meisten Zeit, wobei jedoch die Privatisierung so schnell wie möglich zumindest begonnen werden solle.

Die Problematik bei diesem Standardszenario liegt vor allem in zwei Punkten, die in der Diskussion auch im Vordergrund standen.

Auf der einen Seite geraten die (temporären oder endgültigen) Verlierer der Reform gleich zu Beginn unter den doppelten Druck der makroökonomischen Stabilisierung und der Verteilungswirkungen der Preisfreigabe. Da zugleich das alte System der sozialen Sicherung teils verschwindet, teils ineffektiv wird und die Angebotswirkungen der mikroökonomischen Liberalisierung und der institutionellen Reformen auf sich warten lassen, wird dieser Druck auch durch nichts abgemildert.

Auf der andern Seite widerspricht die Sequenzierung der Reformen, so unumgänglich sie schon aus praktischen Gründen ist, der sehr realen Gesamtinterdependenz vor allem zwischen den mikroökonomischen und den institutionellen Reformen, woraus sich schwere Ungleichgewichte ergeben können.²³

Unglücklicherweise sind die Konsequenzen dieser beiden Probleme einander entgegengesetzt. Während die sozialen Probleme nahe legen, die makroökonomische Stabilisierung und die Preisfreigabe mit grosser Vorsicht anzugehen,

²² Für die Transformationsländer sind z.B. die unterschiedlichen Positionen von Balcerowicz (1995) und Kornai (1996) repräsentativ. Für die in vieler Hinsicht sehr ähnliche Diskussion über Reformen in Entwicklungsländern ist das Problem jüngst von Stiglitz (2002) wieder mit grosser Heftigkeit aufgegriffen worden.

²³ Ein bekanntes Beispiel dafür ist die Privatisierung ohne Liberalisierung und Öffnung der Märkte und ohne eine wirksame Wettbewerbsgesetzgebung und -aufsicht, die nur zum Ersatz staatlicher durch private Monopole führt. Vgl. dazu auch Stiglitz (2002), insbesondere Kapitel 5.

spricht die Gesamtinterdependenz für ein möglichst schnelles und simultanes Vorgehen. Dies waren denn auch die Hauptpositionen in der Diskussion.²⁴

5. Kosten und Dauer der Transformation

Die Kosten und die Dauer der Transformation sind in der Diskussion selbst von Skeptikern und Pessimisten durchweg massiv unterschätzt worden. Dies hatte den positiven Effekt, dass man den Mut nicht verlor, die riesige Aufgabe in Angriff zu nehmen. Es hatte aber zugleich auch den negativen Effekt, dass viele glaubten, sich auf dem Weg allerlei Inkonsequenzen, Experimente, soziale Abfederungen und Verzögerungen leisten zu können, die sich im nachhinein als kostspielige Umwege erwiesen, die man besser nicht unternommen hätte.

V. ERFAHRUNGEN

1. Überblick

Die Tabellen 1 und 2 zeigen die Wachstumsraten und die Indices des realen Bruttoinlandsprodukts ausgewählter Länder von 1989 bis 2002.²⁵ Im statistischen Anhang finden sich zusätzliche Informationen über die Preise, die Beschäftigung, die Staatsbudgets und Staatsquoten, den Aussenhandel, die Direktinvestitionen und die Auslandsverschuldung sowie den Anteil des privaten Sektors und die Branchenanteile am Bruttoinlandsprodukt, die einen etwas umfassenderen empirischen Eindruck von dem Transformationsprozess geben sollen. Die Tabellen 1 und 2 vermitteln zwei interessante Einsichten :

Alle Transformationsländer starteten den Transformationsprozess mit einer Wirtschaftskrise. Diese Krise war mit zwei Jahren am kürzesten in demjenigen Land, dass am radikalsten reformierte, nämlich in Polen. Im Normalfall relativ konsequenter Reformen dauerte sie etwa vier Jahre. Bei Rückfällen im Reformprozess kehrte die Krise zurück; und ohne konsequente Reformen konnte sie bis zu zehn Jahren dauern.

²⁴ Im übrigen ist die spezielle Frage, ob makroökonomische Stabilisierungen schnell oder langsam durchgeführt werden sollen, ein Standardthema der einschlägigen volkswirtschaftlichen Literatur, über das auch für den Fall hochentwickelter Marktwirtschaften bisher keine Einigkeit erzielt werden konnte. Vgl. z.B. Ball (1994) einschliesslich der Kommentare dazu von Friedman und Cecchetti.

²⁵ Abbildung 2, S. 33 stellt die Indices der Tabelle 2 auch graphisch dar.

Tabelle 1: Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts 1989-2002
(ausgewählte Länder)

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Estland	8.1	-6.5	-13.6	-14.2	-8.8	-2.0	4.6	4.0	10.4	5.0	-0.7	6.9	5.4	4.0
Kroatien	-1.6	-7.1	-21.1	-11.7	-8.0	5.9	6.8	6.0	6.5	2.5	-0.4	3.7	4.1	3.0
Lettland	6.8	2.9	-10.4	-34.9	-14.9	0.6	-0.8	3.3	8.6	3.9	1.1	6.8	7.6	4.4
Litauen	1.5	-5.0	-5.7	-21.3	-16.2	-9.8	3.3	4.7	7.3	5.1	-3.9	3.8	5.9	3.6
Polen	0.2	-11.6	-7.0	2.6	3.8	5.2	7.0	6.0	6.8	4.8	4.1	4.0	1.0	0.0
Slowakei	1.4	-2.5	-14.6	-6.5	-3.7	4.9	6.7	6.2	6.2	4.1	1.9	2.2	3.3	3.5
Slowenien	-1.8	-4.7	-8.9	-5.5	2.8	5.3	4.1	3.5	4.6	3.8	5.2	4.6	3.0	3.0
Tschechien	1.4	-1.2	-11.6	-0.5	0.1	2.2	5.9	4.8	-1.0	-2.2	-0.8	3.3	3.3	3.0
Ungarn	0.7	-3.5	-11.9	-3.1	-0.6	2.9	1.5	1.3	4.6	4.9	4.2	5.2	3.8	3.3
<i>MEB¹</i>	<i>1.9</i>	<i>-6.4</i>	<i>-10.5</i>	<i>-1.4</i>	<i>0.6</i>	<i>3.8</i>	<i>5.5</i>	<i>4.8</i>	<i>5.1</i>	<i>3.4</i>	<i>2.6</i>	<i>4.1</i>	<i>2.5</i>	<i>1.7</i>
Albanien	9.8	-10.0	-28.0	-7.2	9.6	8.3	13.3	9.1	-7.0	8.0	7.3	7.8	7.0	6.0
Bulgarien	0.5	-9.1	-11.7	-7.3	-1.5	1.8	2.1	-10.9	-6.9	3.5	2.4	5.4	4.0	3.5
Mazedonien	0.9	-9.9	-7.0	-8.0	-9.1	-1.8	-1.2	1.2	1.4	2.9	2.7	4.5	-4.6	0.0
Rumänien	-5.8	-5.6	-12.9	-8.8	1.5	3.9	7.1	3.9	-6.1	-5.4	-3.2	1.8	5.3	3.0
<i>SOE¹</i>	<i>1.4</i>	<i>-6.8</i>	<i>-13.1</i>	<i>-8.3</i>	<i>0.3</i>	<i>3.2</i>	<i>5.5</i>	<i>1.2</i>	<i>-5.8</i>	<i>-2.2</i>	<i>-0.8</i>	<i>3.1</i>	<i>4.5</i>	<i>3.1</i>
Russland	0.0	-4.0	-5.0	-14.5	-8.7	-12.7	-4.1	-3.5	0.9	-4.9	5.4	9.0	5.0	3.4
Ukraine	4.0	-3.4	-8.7	-9.9	-14.2	-22.9	-12.2	-10.0	-3.0	-1.9	-0.2	5.9	9.1	4.0
<i>OE¹</i>	<i>2.0</i>	<i>-3.7</i>	<i>-6.8</i>	<i>-13.6</i>	<i>-9.6</i>	<i>-13.9</i>	<i>-4.9</i>	<i>-4.1</i>	<i>0.5</i>	<i>-4.5</i>	<i>4.6</i>	<i>8.7</i>	<i>5.5</i>	<i>3.5</i>
OECD	3.8	3.1	1.2	2.1	1.4	3.2	2.5	3.1	3.5	2.7	3.2	3.8	0.7	1.5
EU	3.6	3.1	1.8	1.2	-0.3	2.8	2.4	1.7	2.6	2.9	2.8	3.5	1.6	0.9

2002 : vorläufige Ergebnisse.

¹ Mit den BIP-Anteilen gewogener Durchschnitt. Für 1989 : mangels BIP-Daten ungewogener Durchschnitt. Für 2001 und 2002 wurde mit den Gewichten des Jahres 2000 gerechnet.
MEB = Mitteleuropa und Baltikum SOE = Südosteuropa OE = Osteuropa

Quellen für die Transformationsländer:

bis 1999 EBRD: "Transition Report 2001"

ab 2000 WIIW: BA-CA Economics Department

Quellen für OECD und EU :

bis 1998 <http://www.oecd.org/xls/M00023000/M00023765.xls>,

ab 1999 <http://www.oecd.org/xls/M00028000/M00028912.xls>

Auch im erfolgreichsten Transformationsland, Polen, dauerte es bis zum Jahreswechsel 1996/97, also sieben Jahre, bis auch nur der ökonomische Stand von 1989 wieder erreicht war. Viele Transformationsländer haben diesen Stand bis

heute noch nicht wieder erreicht. Von dem Ziel, zu den hochentwickelten Marktwirtschaften aufzuschliessen, sind alle Transformationsländer noch weit entfernt.

Die Kosten der Transformation sind also hoch, und ihre Dauer ist lang, und zwar umso höher bzw. länger je langsamer und je weniger konsequent die Reformen in Angriff genommen und umgesetzt wurden.

Die reformkommunistische und die sozialdemokratische Position haben, wo sie die effektive Politik dominierten, nicht zum Erfolg geführt. Es besteht inzwi-

Tabelle 2: Indices des realen Bruttoinlandsprodukts 1989-2002
(ausgewählte Länder, 1989=100)

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Estland	100.0	93.5	80.8	69.3	63.2	61.9	64.8	67.4	74.4	78.1	77.6	83.0	87.4	90.2
Kroatien	100.0	92.9	73.3	64.7	59.5	63.1	67.3	71.4	76.0	77.9	77.6	80.5	83.8	86.0
Lettland	100.0	102.9	92.2	60.0	51.1	51.4	51.0	52.7	57.2	59.4	60.1	64.2	68.9	71.2
Litauen	100.0	95.0	89.6	70.5	59.1	53.3	55.1	57.6	61.8	65.0	62.5	64.9	68.7	69.9
Polen	100.0	88.4	82.2	84.3	87.6	92.1	98.6	104.5	111.6	116.9	121.7	126.6	127.9	129.1
Slowakei	100.0	97.5	83.3	77.9	75.0	78.6	83.9	89.1	94.6	98.5	100.4	102.6	106.0	109.4
Slowenien	100.0	95.3	86.8	82.0	84.3	88.8	92.5	95.7	100.1	103.9	109.3	114.3	117.7	120.3
Tschechien	100.0	98.8	87.3	86.9	87.0	88.9	94.1	98.7	97.7	95.5	94.8	97.9	100.9	104.1
Ungarn	100.0	96.5	85.0	82.4	81.9	84.3	85.5	86.6	90.6	95.1	99.1	104.3	108.2	112.5
<i>MEB</i>	<i>100.0</i>	<i>93.6</i>	<i>83.8</i>	<i>82.6</i>	<i>83.1</i>	<i>86.3</i>	<i>91.0</i>	<i>95.4</i>	<i>100.2</i>	<i>103.6</i>	<i>106.3</i>	<i>109.8</i>	<i>112.3</i>	<i>114.5</i>
Albanien	100.0	90.0	64.8	60.1	65.9	71.4	80.9	88.2	82.1	88.6	95.1	102.5	109.7	116.3
Bulgarien	100.0	90.9	80.3	74.4	73.3	74.6	76.2	67.9	63.2	65.4	67.0	70.6	73.7	76.3
Mazedonien	100.0	90.1	83.8	77.1	70.1	68.8	68.0	68.8	69.8	71.8	73.7	77.0	73.9	74.4
Rumänien	100.0	94.4	82.2	75.0	76.1	79.1	84.7	88.0	82.6	78.2	75.7	77.1	81.0	82.4
<i>SOE</i>	<i>100.0</i>	<i>93.2</i>	<i>81.0</i>	<i>74.3</i>	<i>74.5</i>	<i>76.9</i>	<i>81.1</i>	<i>82.1</i>	<i>77.3</i>	<i>75.6</i>	<i>75.0</i>	<i>77.4</i>	<i>80.9</i>	<i>82.9</i>
Russland	100.0	96.0	91.2	78.0	71.2	62.2	59.6	57.5	58.0	55.2	58.2	63.4	66.2	68.8
Ukraine	100.0	96.6	88.2	79.5	68.2	52.6	46.2	41.5	40.3	39.5	39.4	41.7	45.5	46.5
<i>OE</i>	<i>100.0</i>	<i>96.3</i>	<i>89.8</i>	<i>77.6</i>	<i>70.1</i>	<i>60.3</i>	<i>57.4</i>	<i>55.0</i>	<i>55.3</i>	<i>52.8</i>	<i>55.2</i>	<i>60.9</i>	<i>63.8</i>	<i>66.3</i>
OECD	100.0	103.1	104.3	106.5	108.0	111.5	114.3	117.8	121.9	125.2	129.1	134.0	134.8	137.2
EU	100.0	103.1	105.0	106.2	105.9	108.9	111.5	113.4	116.3	119.7	122.8	127.1	128.9	130.2

2002 : vorläufige Ergebnisse

Quellen : Eigene Berechnungen gemäss Tabelle 1.

schen ein ziemlich weitgehender Konsens, dass nur die radikalreformerische Position²⁶ in der Lage ist, die Situation in akzeptablen Fristen durchgreifend zu verbessern. Die Diskussion konzentriert sich daher heute auf die zum Teil erheblichen Unterschiede, die zwischen grundsätzlich radikalreformerischen Positionen im Detail bestehen.

Zum Zeitpunkt der Wende haben fast alle Teilnehmer an der Diskussion die Dauer des Transformationsprozesses stark unterschätzt und mit schnellen wirtschaftlichen Erfolgen gerechnet. Inzwischen wissen wir, dass die schnellsten und radikalsten Reformen auch heute nach mehr als zehn Jahren noch bei weitem nicht abgeschlossen sind, dass die Transformationsrezession auch im günstigsten Fall tiefer war und länger gedauert hat, als irgendjemand vorausgesagt hat, und dass dementsprechend die wirtschaftlichen Erträge der Reform länger auf sich warten liessen und bisher bescheidener waren, als irgendjemand erwartet hatte.

Das Thema der Transformation bleibt auf der Traktandenliste, und es wird noch Jahrzehnte dauern, bis die Erblasten der kommunistischen Diktatur und Planwirtschaft endgültig abgetragen sind.

2. Transformation in der Demokratie

Es wurde bereits festgestellt, dass die Geschichte in Mittel- und Osteuropa die Antwort auf die Frage nach der Priorität der politischen oder der ökonomischen Reformen gegeben hat. Die politischen Reformen kamen effektiv zuerst, und die Demokratie hat den Stürmen des Transformationsprozesses in diesen Ländern bisher standgehalten, was alles andere als selbstverständlich ist, sondern vielmehr den grössten Respekt verdient.

Der Pessimismus von Balcerowicz²⁷, dass sich grundlegende Reformen nur während kurzer Zeit in dem politischen Vakuum zu Beginn der Demokratie durchführen liessen und nachher von den sich schnell wieder- bzw. neubildenden Interessengruppen verhindert würden, hat sich in dieser Form nicht bewährt. Die Demokratie hat auch langsamere und trotzdem im Ergebnis konsequente Reformen zugelassen. In vielen, allerdings nicht in allen Fällen haben die Reformprogramme sogar mehrere Machtwechsel weitgehend unbeschadet über-

²⁶ Bedenkt man, wie langwierig die Transformation auch in den schnellsten Ländern war und wie viele vor allem soziale Kompromisse auch dort notwendig waren, so erscheint die Bezeichnung "radikal"reformerisch nicht mehr besonders passend. Aber sie hat sich eingebürgert.

²⁷ Vgl. Balcerowicz (1995), vor allem S. 160 ff.

standen. Überall, wo der Reformprozess zwischenzeitlich unterbrochen wurde²⁸, dürfte sich unterdessen die Erkenntnis durchgesetzt haben, dass dies nur um den Preis grosser weiterer Verzögerungen und Kosten möglich ist. Es ist daher zu erwarten, dass die Nachzügler der Reform nunmehr aufholen werden, während in den erfolgreichsten Ländern die Politik inzwischen bereits überwiegend mit anderen Themen beschäftigt ist und die restlichen erforderlichen Reformen asymptotisch verlaufen.

Mit diesen Erfahrungen ist allerdings noch nicht endgültig geklärt, ob diese Reihenfolge (politische Reformen zuerst, ökonomische Reformen danach) auch tatsächlich die beste ist. Darüber wird vielmehr weiterhin vor allem im Hinblick auf den Fall China, aber auch mit Hinweis auf andere frühere Beispiele (Taiwan, Südkorea, Singapur, Spanien, Chile, um nur einige zu nennen) diskutiert.

3. Transformationskrise

Das auffallendste Merkmal des Transformationsprozesses war zweifellos die in allen Fällen heftige und vielen Fällen ziemlich hartnäckige Transformationskrise²⁹, die in dieser Form von kaum jemandem vorhergesehen worden war. Der Grund dafür war, dass eine tiefe Strukturkrise mit grossen makroökonomischen Ungleichgewichten zusammenfiel und die Effizienzgewinne aus der mikroökonomischen Liberalisierung auf sich warten liessen. Diese Kombination ist für hochentwickelte Marktwirtschaften ungewöhnlich, aber man hat sie in ähnlicher, wenn auch meist schwächerer Form auch schon in Entwicklungsländern beobachtet, die während längerer Zeit den planwirtschaftlich-sozialistischen³⁰ oder den korporativ-kapitalistischen³¹ Weg gegangen waren und dann versuchten, sich in den Weltmarkt zu (re)integrieren.

a) Strukturelle Aspekte

Die Strukturkrise ergab sich daraus, dass mit der Öffnung der exkommunistischen Länder zum Weltmarkt schlagartig der weitestgehende Mangel an Wettbewerbsfähigkeit zu Tage trat und die inneren und äusseren (COMECON) Absatzmärkte zusammenbrachen. Dabei ist besonders zu bemerken, dass die Wettbewerbsunfähigkeit vor allem die Art und Qualität der Produkte betraf und

²⁸ Dies war z.B. in Bulgarien, Rumänien und, kriegsbedingt, in den exjugoslawischen Ländern sowie mehrfach in Russland, der Ukraine und Weissrussland der Fall.

²⁹ Vgl. dazu z.B. Kornai (1996), Kapitel 4.

³⁰ Ein typisches Beispiel war (und ist teilweise noch immer) Indien.

³¹ Typische Beispiele hierfür sind die lateinamerikanischen Länder bis in die 1980er Jahre und teilweise bis heute sowie Spanien, Portugal und Griechenland jeweils vor der Demokratisierung bzw. vor dem Beitritt zur Europäischen Union.

deshalb durch preisliche Massnahmen oder Abwertungen nicht behoben werden konnte.

Die Strukturkrise wurde politisch und sozial dadurch erschwert, dass es sich um monopolistische Grossbetriebe handelte, die im allgemeinen lokal oder regional stark konzentriert waren. Die Schliessung eines solchen Betriebs war ein soziales und lokales bzw. regionales Desaster und rief entsprechende politische Reaktionen hervor.

Da die kurzfristige Innovationsfähigkeit und -bereitschaft in den Grossbetrieben im allgemeinen gering war, stand die Politik vor den Alternativen, die Betriebe mit den entsprechenden sozialen Konsequenzen zugrunde gehen zu lassen oder sie zunächst von der Transformation auszunehmen und mittels Subventionen solange künstlich am Leben zu erhalten, bis sie von innen heraus oder durch Übernahme von aussen zur Wettbewerbsfähigkeit finden würden. Bei dem zweiten Weg bestand aber, wie immer im Fall der Subventionierung, die Gefahr, dass aus der temporären Anpassungshilfe ein permanentes Fass ohne Boden würde, in dem knappe volkswirtschaftliche Ressourcen verschwänden, die anderswo einen viel grösseren Nutzen gebracht hätten.

Zu Beginn der Transformation wurde aus politischen und sozialen, aber auch aus ökonomischen³² Gründen überwiegend die zweite Alternative versucht. Konsequente Reformländer widerstanden aber der Versuchung, die damit geschaffene Schwebesituation unbegrenzt zu verlängern und erzwangen die baldige Sanierung der meisten Grossbetriebe durch eigene Anstrengungen, Devestitionen, Übernahmen oder Schliessung. Wo hingegen dem sozialen und politischen Druck in Richtung dauerhafter Subventionen nicht konsequent widerstanden wurde, scheiterte der Reformprozess.

b) Makroökonomische Aspekte

Mit ihrer Kombination von zunächst zurückgestauter und dann offen galoppierender Inflation, Budgetdefiziten und Aussenhandelsdefiziten schienen die Transformationsländer Lehrbuchbeispiele für scharfe Austeritätsprogramme zu sein, zumal zum Zeitpunkt der Wende scheinbar Vollbeschäftigung herrschte und die Tiefe und Schnelligkeit der bevorstehenden Strukturkrise im allgemeinen nicht vorhergesehen wurden.

Dementsprechend wurden auch die katastrophalen sozialen Konsequenzen der Transformationskrise nicht vorhergesehen, die in allen Ländern durch den Zu-

³² Es bestand eine erhebliche Unsicherheit über den effektiven ökonomischen Wert dieser Betriebe und über die allfälligen volkswirtschaftlichen Kosten ihrer Schliessung.

sammenbruch des alten Systems der sozialen Sicherung und in einigen Ländern durch das zeitweilige Fortbestehen der Lohnregulierung während der Anpassungsinflation noch verschärft wurden.

In Wirklichkeit entsprach die Situation der exkommunistischen Länder zum Zeitpunkt der Wende nicht derjenigen einer (zurückgestauten) inflationären Überhitzung, sondern derjenigen einer Stagflation mit sehr ausgeprägter realer Stagnation und ebenso ausgeprägter monetärer Inflation.³³ Es ist aus den hochentwickelten Marktwirtschaften bekannt, dass die Bekämpfung einer Stagflation bedeutend schwieriger, schmerzhafter und langwieriger ist als die Bekämpfung einer "klassischen" Inflation. Diese Erfahrung hat sich in den Transformationsländern unter enorm erschwerten Bedingungen bestätigt. Ebenso wiederholt sich dort bis heute die bekannte Debatte³⁴, welches Gewicht der Austeritätspolitik bei der Bekämpfung einer Stagflation zukommen und wie und in welchem Ausmass sie durch andere Massnahmen flankiert oder ersetzt werden soll.

c) Mikroökonomische Aspekte

Die mikroökonomische Liberalisierung hat zwar die Preisrelationen sehr schnell entzerrt und insoweit auch zu schnellen Verbesserungen der Güterallokation geführt. Die Verbesserung von Faktorallokation und Wettbewerbsfähigkeit und damit die erhofften Angebotseffekte benötigten jedoch viel mehr Zeit als erwartet.

In gewisser Weise hat die mikroökonomische Liberalisierung sogar zur Transformationskrise beigetragen, indem sie einerseits die Wettbewerbsunfähigkeit der einheimischen Wirtschaft schlagartig klar machte und andererseits durch die schnelle Veränderung der Preisrelationen gravierende soziale Probleme schuf.

d) Die Transformationskrise als J-Kurveneffekt

Abbildung 1 interpretiert die Transformationskrise zusammenfassend als gigantischen J-Kurven-Effekt, wie er aus der wirtschaftspolitischen Erfahrung der hochentwickelten Marktwirtschaften wohlbekannt ist,³⁵ und Abbildung 2 zeigt die entsprechenden Entwicklungsverläufe für eine Reihe von Transformationsländern. Die Tragik lag darin, dass man in den Transformationsländern (und auch im Westen) im allgemeinen überhaupt nicht mit diesem Effekt gerechnet

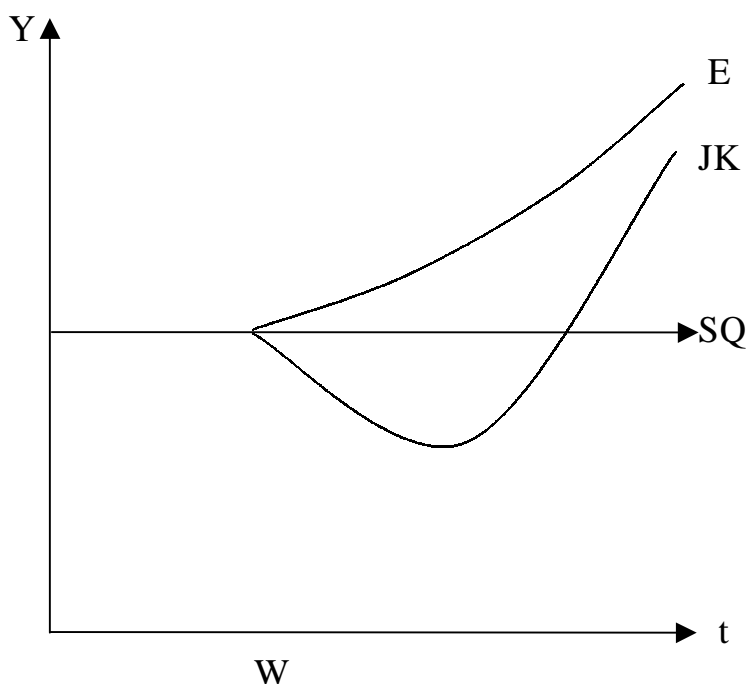
³³ Diese Situation findet sich übrigens auch häufig in Entwicklungsländern. Die schwerwiegenden sozialen Konsequenzen von in solchen Situationen durch den IMF und/oder die Weltbank verordneten Austeritätsprogrammen sind eines der Hauptthemen der sog. Globalisierungskritik (vgl. Stiglitz 2002).

³⁴ Vgl. z.B. Bruno and Sachs (1985) sowie Ball (1994).

³⁵ Vgl. zur Entdeckung der J-Kurve in der Wechselkursstheorie das Stichwort "J-curve" in : The New Palgrave (1992).

hatte (Kurve E). Erfolgreiche Transformationsländer mit radikalen (oder besser : konsequenten) Reformen hatten eine heftige, aber kurze Krise (Kurve JK). Je weniger konsequent die Reformen waren, desto länger und im Ergebnis volkswirtschaftlich kostspieliger war die Krise. Rückschauend gewinnt man die Erkenntnis, dass die Wahl nicht zwischen einer kurzen und tiefen und einer längeren, aber dafür flacheren Krise bestand, sondern nur zwischen kurzen, heftigen und längeren, noch heftigeren Krisen.³⁶

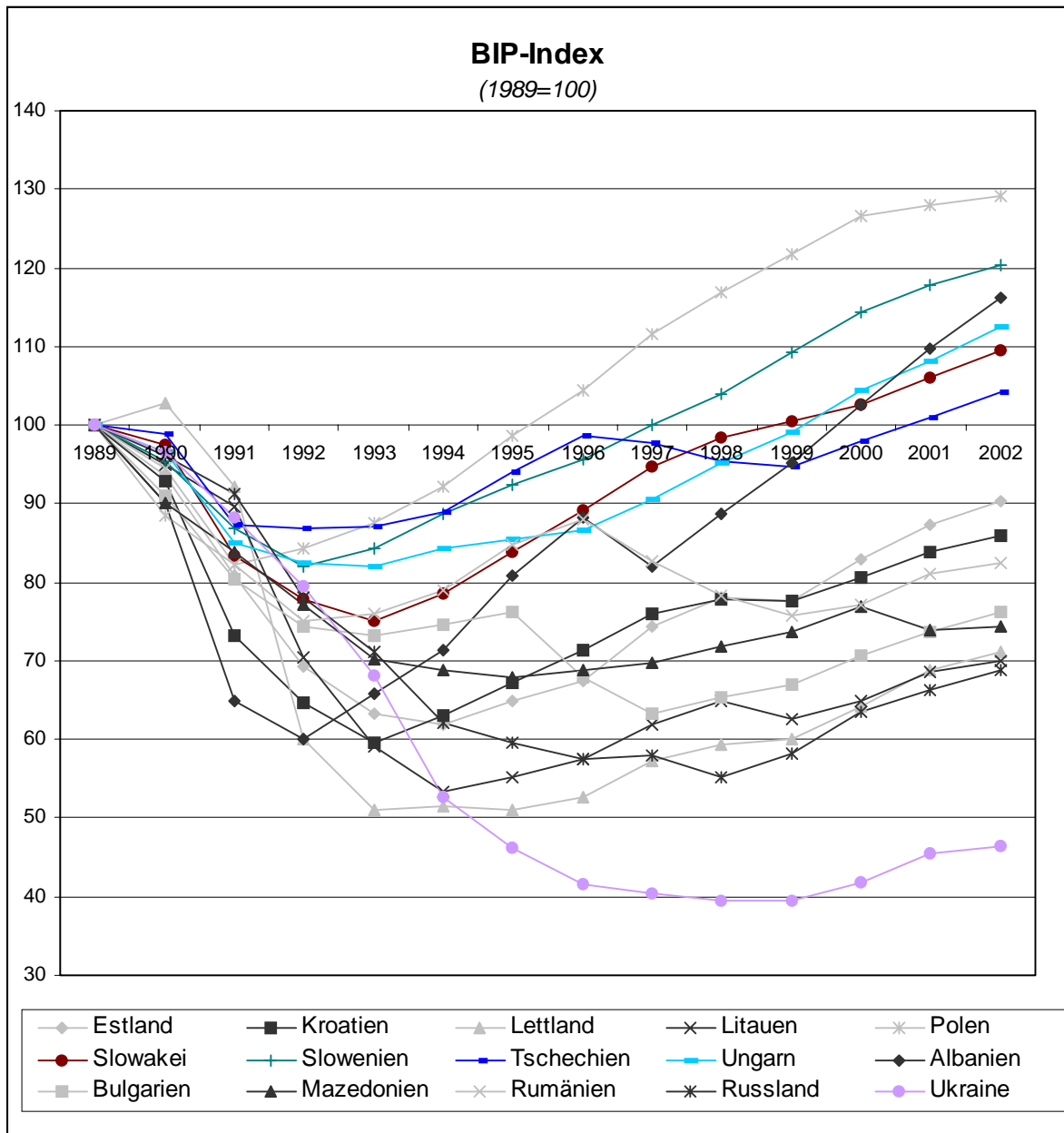
Abbildung 1 : Die Transformationskrise als J-Kurve



Y = Bruttoinlandsprodukt t = Zeitachse
 SQ = Status quo von 1989 W = Beginn der Reformen (1989)
 E = erwartete Entwicklung nach Einleitung der Reformen
 JK = tatsächliche Entwicklung nach Einleitung der Reformen

³⁶ Es ist vielleicht nützlich, vor einer nahe liegenden Fehlinterpretation der Kurve SQ zu warnen. SQ ist eine statische Benchmark für die Messung der von der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Transformationskrise erlittenen Wohlstandsverluste. SQ ist *nicht* die Entwicklung, die sich ergeben hätte, wenn man auf die Transformation verzichtet hätte. Das alte System wäre in jedem Fall zusammengebrochen. Die Zahlen für Russland und die Ukraine (Tabellen 1 und 2 sowie Abbildung 2) zeigen, wie sich die Entwicklung vollzog, wo während Jahren wichtige Reformen unterlassen wurden.

Abbildung 2 : Indices der realen Bruttoinlandsprodukte (1989=100)
(gemäss Tabelle 2)



4. Privatisierung³⁷

Die Privatisierung der kommunistischen Staatswirtschaften erwies sich als ein wesentlich schwierigeres und langwierigeres Problem, als man ursprünglich gedacht hatte. Sie ist auch in den fortgeschrittensten Transformationsländern mehr als zehn Jahre nach der Wende noch bei weitem nicht abgeschlossen. Die über-

³⁷ Vgl. z.B. Frydman, Rapaczynski (1992), Akyüz et al. (1994), Dembinski (1995), Lieberman (1996), Zecchini (1997), Schrader (1999) sowie Central European University, Privatization Reports.

aus vielfältige Problematik kann hier nur in den Grundzügen abgehandelt werden, wobei die Gliederung einerseits nach den Objekten und andererseits nach den Subjekten der Privatisierung erfolgt. Gelegentliche Überschneidungen sind dabei nicht völlig auszuschliessen.

a) Kleine Privatisierung

Unter der kleinen Privatisierung wird zweierlei verstanden. Auf der einen Seite geht es um die im Rahmen der mikroökonomischen Liberalisierung erteilte Erlaubnis an jedermann zur *Neugründung* von Unternehmungen. Auf der andern Seite handelt es sich um die Überführung kleiner bisher staatlicher Betriebe oder Betriebsteile in Privateigentum, die durch Übergabe bzw. Verkauf an die Belegschaft oder das Management, auf lokalen Auktionen, im freihändigen Verkauf oder in der Form der Reprivatisierung, d.h. Rückgabe an die ursprünglichen privaten Eigentümer, stattfand.

Man erhoffte sich davon eine möglichst schnelle Erhöhung des Angebots in Handwerk, Gewerbe, Dienstleistungen und Reparaturleistungen, wodurch erstens das tägliche Leben der Bevölkerung unmittelbar erleichtert, zweitens der Arbeitsmarkt entlastet und drittens die Mängel der vorerst fortbestehenden Monopolstrukturen gemildert werden sollten.

Diese Erwartungen gingen weitgehend in Erfüllung. Die kleine Privatisierung erfolgte vergleichsweise schnell und wurde von einem Neugründungsboom begleitet. Es erwies sich aber bald, dass die neuen Kleinunternehmen wegen Mangels an Kapital und technischem und/oder ökonomischem Know How vielfach nicht sehr stabil waren. Ausserdem war die Bedeutung der kleinen Privatisierung rein quantitativ doch ziemlich begrenzt.

b) Grosse Privatisierung

Bei der grossen Privatisierung ging es um die Grossbetriebe. Auch hierfür kamen mehrere Methoden in Frage, nämlich insbesondere die Übergabe oder der Verkauf an das Management oder die Belegschaft, die sogenannte Massenprivatisierung durch Verkauf oder Verteilung von sog. Vouchers und der freihändige Verkauf oder die Ausschreibung, wobei vor allem ausländische Interessenten anvisiert wurden und auch mit mehr oder weniger grossen Beteiligungsquoten zum Zug kamen. Die unmittelbare Reprivatisierung von Grossbetrieben war nur in wenigen Fällen möglich.

Aus ökonomischer Sicht waren die zentralen Probleme der grossen Privatisierung die je nach Methode sehr unterschiedliche Zufuhr von Kapital und Know How sowie die sehr unterschiedlichen neuen Governancestrukturen. Nach die-

sen Kriterien war der Verkauf an bzw. die bedeutende Beteiligung von ausländischen Interessenten die effizienteste Methode, die dafür aber anderen - vor allem sozialen, politischen und national(istisch)en - Einwänden ausgesetzt war.

Die grosse Privatisierung erwies sich als viel schwieriger als die kleine Privatisierung und ist in vielen Ländern auch heute noch bei weitem nicht abgeschlossen. Dabei ist der Staat je länger je mehr auf Grossbetrieben sitzen geblieben, die zwar noch physisch existieren und mit Subventionen am Laufen gehalten werden, die aber ökonomisch wertlos sind, weshalb sich auch keine Interessenten dafür finden. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass sich gerade die erfolgreichen Transformationsländer die volkswirtschaftliche Verschwendung noch über längere Zeit leisten können und werden, die mit der Subventionierung dieser Betriebe verbunden ist.

c) Das Problem der früheren Eigentümer

Ein überaus vielschichtiges Problem stellen die Ansprüche der früheren Eigentümer (bzw. ihrer Erben) dar, die in der kommunistischen Zeit enteignet worden waren.

Dem Prinzip der Fortdauer einer durch ein Unrechtsregime nur unterbrochenen, aber nicht aufgehobenen Legitimität stehen zunächst einmal Informations- und Beweisschwierigkeiten seitens der Anspruchsberechtigten gegenüber. In vielen Fällen kommen Ausscheidungs- und Bewertungsprobleme dazu, wenn nämlich das ursprüngliche Eigentum inzwischen wesentlich verändert oder mit anderem Eigentum zusammengefasst wurde.

Den Ansprüchen der früheren Eigentümer stehen die Interessen derjenigen gegenüber, die dieses Eigentum unterdessen in gutem oder bösem Glauben besitzen, verwaltet und genutzt haben, darunter insbesondere die Interessen des Staats bzw. des Fiskus, die Interessen derjenigen, die sich in der ersten, relativ unregulierten Zeit vor allem der kleinen Privatisierung selbst bedient haben, und - vielleicht am legitimsten - die Interessen der kleinen Haus- und Landeigentümer, die ihr Eigentum in der kommunistischen Zeit vom Staat erworben haben - mit oder ohne Kenntnis davon, dass es zuvor enteigneten privaten Eigentümern gehört hatte. Wenn auch alle diese Interessen rechtlich und moralisch auf mehr oder weniger schwachen Fundamenten beruhen, so haben sie doch vielfach soziale Ressentiments und politische Macht hinter sich.

Nicht zuletzt ist das Argument der möglichst schnellen Herstellung des Rechtsfriedens durch eindeutige Rechtszuweisung von Bedeutung. Die effektive Rückerstattung würde in vielen Fällen viel Zeit beanspruchen, in der die ökonomische Nutzung und Entwicklung der betreffenden Vermögenswerte zum gesamt-

wirtschaftlichen Schaden blockiert wäre. Mit diesem Argument gelingt es, ein öffentliches Interesse gegen private Interessen auszuspielen und den früheren Eigentümern an Stelle der Restitution bestenfalls Entschädigung anzubieten, die mit Hinweis auf den niedrigen aktuellen Wert und die desolaten Staatsfinanzen im allgemeinen eher knapp bemessen ist.

Die Behandlung der früheren Eigentümer ist ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte der Transformation. Nicht nur hat die Glaubwürdigkeit des wiederherzustellenden Rechtsstaats darunter gelitten, es sind vermutlich auch erhebliche kreative Impulse verspielt worden, die von den früheren Eigentümern zu erwarten gewesen wären.

d) Die Bereicherung der kommunistischen Kader

Ein ebenso unrühmliches Kapitel in der Geschichte der Transformation ist die Selbstbereicherung der ehemaligen kommunistischen Kader vor allem im Zuge der kleinen Privatisierung, aber auch im Zuge der Vergabe wichtiger und lukrativer Positionen in Staat und Wirtschaft.

Es war früher (S. 12) darauf hingewiesen worden, dass das Gros der Kader letztlich aus opportunistischen Gründen in der Partei war, jedoch weder an deren Doktrin noch an ihre Zukunft glaubte. Der Vorteil dieser Konstellation war, dass die Partei der Wende kaum Widerstand leistete. Die Kehrseite der Medaille aber war, dass die alten Kader auch weiterhin opportunistisch blieben und die Gunst der Stunde einzeln, aber auch im Rahmen der fortbestehenden persönlichen Netzwerke dazu nutzten, sich im Zuge der Privatisierung persönlich zu bereichern und sich gegenseitig die neuen Kaderpositionen in Staat und Wirtschaft zuzuschancen. Dabei kam ihnen natürlich zugute, dass sie bereits an Ort und Stelle waren und den first mover advantage ausspielen konnten.³⁸

Ob es wirklich genügend unbelastete und integre Fachleute gegeben hätte, um die neuen Kaderpositionen zu besetzen und die interne Privatisierung schnell voranzutreiben, oder ob die Übernahme der alten Kader mangels Alternative ein notwendiges Übel war, sind Fragen, die vermutlich von Land zu Land unterschiedlich zu beantworten wären und möglicherweise auch offen bleiben müssen.³⁹ Dass man es den alten Kadern, auch wenn man möglicherweise auf sie

³⁸ Ein besonders übles Beispiel hierfür ist die Privatisierung in Russland. Vgl. z.B. Stiglitz (2002) Kapitel 5.

³⁹ Der Fall Ostdeutschlands ist insofern untypisch, als hier in Staat und Wirtschaft eine sehr grosse Zahl von Kaderstellen mit Westdeutschen besetzt werden konnte. Trotzdem ist im staatlichen Bereich auch dort das Weiterbestehen alter Mentalitäten und Netzwerke zu beobachten - durch Laufbahnbeförderung inzwischen auch schon wieder in höheren Positionen.

angewiesen war, in den meisten Ländern⁴⁰ zu leicht gemacht hat, dürfte hingegen ausser Frage stehen. Zumindest in der Justiz wäre ein völliger Neubeginn mit unbelasteten und integren Personen notwendig und damit eine gewisse Kontrolle der übrigen Entwicklung möglich gewesen.

5. Ökonomische Institutionen

Der Wiederaufbau der ökonomischen Institutionen für eine funktionsfähige moderne Marktwirtschaft hat sich auf dem Papier als leicht, in der Realität hingegen teilweise als recht schwierig und langwierig erwiesen.

Die scheinbare Leichtigkeit erklärt sich dadurch, dass die entsprechenden wirtschaftlich relevanten Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen bzw. -texte, die sozialen Sicherungssysteme, die Steuersysteme und die Organisation von zweistufigen Bankensystemen im Prinzip tel quel von hochentwickelten westlichen Marktwirtschaften übernommen werden konnten und auch tatsächlich weitgehend übernommen wurden.

In der Praxis ergaben sich aber vor allem zwei Schwierigkeiten :

Erstens weisen die westlichen "Modelle" teilweise selbst erhebliche Probleme auf, man denke nur an die Steuer- und Sozialversicherungssysteme. In einigen wenigen Fällen hat man daher in Osteuropa auch versucht, neue Wege zu gehen, so z.B. mit der Konsumsteuer in Kroatien⁴¹ und mit der zunehmenden Bedeutung des Kapitaldeckungsprinzips in der Alterssicherung in Ungarn und einigen anderen Transformationsländern. Aber überwiegend haben die Zeit, die Ressourcen und der Mut dazu gefehlt, so dass mit den westlichen Vorbildern auch deren Probleme übernommen wurden.

Zweitens sind viele westliche Institutionen, selbst wenn sie hier problemlos funktionieren, von informellen und realen Voraussetzungen abhängig, die in Mittel- und Osteuropa zum Teil nicht gegeben sind. Zu den informellen Voraussetzungen gehören Traditionen, Gewohnheiten, Mentalitäten und dergleichen, die auf langen kollektiven Erfahrungen beruhen, die im Westen vielfach gänzlich anders als im Osten waren. Reale Voraussetzungen sind vor allem das vorhandene Wohlstandsniveau und eine erfahrene und funktionierende Verwaltung und Justiz.

⁴⁰ Vgl. dazu z.B. Ash (1999) insbesondere S. 236-251 und 308-334.

⁴¹ Vgl. dazu z.B. Gress et al. (1998).

Die Transplantation von Institutionen⁴² erwies sich also als schwierig. Dabei wurde einmal mehr in Erinnerung gerufen, dass der Eiserne Vorhang nicht mit der alten Kulturgrenze zwischen dem Westen und dem Osten zusammenfiel. Exkommunistische Länder mit westlicher Tradition taten sich mit der Übernahme der für die Marktwirtschaft notwendigen Institutionen wesentlich leichter als in diejenigen mit östlicher Tradition.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Integrationsangebote der Europäischen Union und der NATO die ökonomischen, institutionellen und politischen Reformen in Mittel- und Osteuropa erheblich unterstützt haben. Der Wettbewerb um die Aufnahme in die EU und die NATO dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass auch postkommunistische Regierungen die Reformen im allgemeinen nicht blockierten oder gar zurückdrehten, sondern diszipliniert weiterführten. Die Aufnahme geschafft haben aber einstweilen nur die mittel- und osteuropäischen Länder mit westlicher Tradition (ohne Kroatien).

Ob die alte europäische Kulturgrenze durch die neue Situation vertieft und zementiert oder durch die Anziehungskraft der EU (und der NATO), durch das Beispiel der erfolgreichen Transformationsländer und durch die Globalisierung eher eingeebnet wird, ist gegenwärtig Gegenstand von kulturell, politisch und ökonomisch höchst relevanten Spekulationen.

6. Politik und Gesellschaft

Was zu den ökonomischen Institutionen gesagt wurde, gilt im Prinzip auch für die politischen und gesellschaftlichen Institutionen. Verwunderlich ist eigentlich nicht, dass es bei ihrer Transformation Probleme und zeitliche Verzögerungen gab. Erstaunlich ist vielmehr, dass es nicht noch viel mehr Probleme gab und noch viel länger dauerte.

Das gilt insbesondere für die Hinwendung zur Demokratie, die trotz teilweise sehr schwieriger innen- und aussenpolitischer Konstellationen in allen exkommunistischen Ländern mit westlicher Tradition gelungen ist und auch den Stürmen der Transformationskrisen standgehalten hat. Zwar haben sich die politischen Mehrheitsverhältnisse in den meisten Ländern vorerst als sehr labil erwiesen; die demokratischen Strukturen als solche und der Fortschritt der Transformation wurden aber nirgendwo in Frage gestellt, wobei - wie gerade erwähnt - die Aussicht auf eine Aufnahme in die EU (und die NATO) vermutlich eine nicht unwichtige Rolle gespielt hat. In diesen Ländern ist auch der Wiederaufbau der Zivilgesellschaft in vollem Gang. Die politischen und gesellschaftlichen

⁴² Vgl. dazu z.B. Pistor et al. (2000) und Berkowitz et al. (2003).

Entwicklungen sichern die Transformation der ökonomischen Institutionen ab und werden umgekehrt durch die deutlicher werdenden wirtschaftlichen Fortschritte und den EU-(und NATO-)Beitritt unterstützt.

In den exkommunistischen Ländern mit östlicher Tradition war die Situation in den vergangenen zwölf Jahren in jeder Hinsicht bedeutend schwieriger. Die Lehren aus den eigenen Rückschlägen, die Demonstrationseffekte des Westens und der erfolgreicherer Transformationsländer sowie die Zwänge der Globalisierung scheinen aber neuerdings in mehreren Ländern⁴³ zu einer Intensivierung der Reformanstrengungen zu führen.

VI. SCHLUSSFOLGERUNGEN IN ZEHN THESEN UND EINER TABELLE

1. Die Erfahrungen der exkommunistischen Länder vor und nach der Wende von 1989 zeigen, dass wirtschaftliche Entwicklung à la longue nur in offenen Marktwirtschaften möglich ist.
2. Die Reintegration der exkommunistischen Länder in die Weltwirtschaft ist einerseits auch ein Ergebnis der Globalisierung. Andererseits verläuft sie unter den Bedingungen der Globalisierung und ist selbst ein Aspekt der Globalisierung.
3. Die Transformation hat deutlich gemacht, wie umfangreich die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen institutionellen Voraussetzungen für eine funktionierende Marktwirtschaft sind. Diese Lehre gilt auch für die Entwicklungspolitik.
4. Die Transplantation von formellen Institutionen ist schwierig; sie gelingt umso eher, je ähnlicher die informellen Institutionen sind. Auch diese Lehre ist wichtig für die Entwicklungspolitik.
5. Die Transformation ist ein Spezialfall der nachholenden Entwicklung und benötigt wie diese nicht Jahre, sondern Jahrzehnte.
6. Die Besonderheiten der Transformation beruhen auf einer Ausgangslage, die markante Unterschiede zu der Ausgangslage in "konventionellen" Entwicklungsländern aufwies.
7. Die spezielle Ausgangslage erforderte ein besonders komplexes, über den Washington Consensus weit hinausgehendes Reformprogramm, wie es

⁴³ Dies gilt vor allem für Bulgarien, teilweise auch für Rumänien, Russland und die Ukraine.

zuvor noch nie implementiert worden ist und womit es dementsprechend auch keine Erfahrungen gab.

8. Die Transformationskrise ist als besonders ausgeprägter J-Kurven-Effekt zu interpretieren, der bei wirtschaftspolitischen Massnahmen häufig zu beobachten und auf unterschiedliche Starrheiten bzw. Reaktionsgeschwindigkeiten wichtiger volkswirtschaftlicher Aggregate zurückzuführen ist.
9. Die Frage, ob der J-Kurven-Effekt durch Abschwächung und/oder zeitliche Streckung der makroökonomischen Stabilisierung und/oder durch flankierende Massnahmen gedämpft werden kann, ist ein Standardthema der Literatur. Sie ist auch hier offen geblieben. Zu allzu grossem Optimismus besteht aber nicht viel Anlass. Eine schmerzlose Korrektur grundlegender makro- und mikroökonomischer sowie institutioneller Fehlentwicklungen dürfte nicht möglich sein.
10. Die Privatisierung in der Transformation hat nicht nur den Blick für wichtige Einzelheiten des Eigentumsrechts und seines institutionellen Umfelds geschärft, sondern auch die Rolle der Direktinvestitionen für den Transfer von Kapital und Know How sowie für die Entwicklung der Governance Strukturen in den Unternehmungen deutlich gemacht.

Wie weit der Weg wichtiger Transformationsländer noch ist, zeigt Tabelle 3.

Tabelle 3 : Bruttoinlandprodukt pro Kopf in % des EU-Durchschnitts

Bulgarien	24
Estland	37
Lettland	29
Litauen	29
Polen	39
Rumänien	27
Slowakei	48
Slowenien	71
Tschechien	58
Ungarn	52

Quelle : Neue Zürcher Zeitung, Nr. 262,
10./11. November 2001, S. 22.

AUSGEWÄHLTE LITERATUR

Y. Akyüz, D.J. Kotte, A. Köves and L. Szamuely (eds.), Privatization in the Transition Process, Geneva and Budapest 1994.

A. Amalrik, Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben ? in : A. Amalrik, UdSSR – 1984 und kein Ende, Frankfurt 1981.

T.G. Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt, München und Wien 1990.

T.G. Ash, Zeit der Freiheit, München und Wien 1999.

A. Åslund, Building Capitalism. The Transformation of the Former Soviet Bloc, Cambridge 2002.

J. Backhaus (Hrsg.), Systemwandel und Reform in östlichen Wirtschaften, Marburg 1991.

R. Bahro, Die Alternative, Köln und Frankfurt 1977.

L. Balcerowicz, Socialism, Capitalism, Transformation, Budapest, London and New York 1995.

L. Balcerowicz, Post-Communist Transition, London 2002.

L. Ball, What Determines the Sacrifice Ratio ? (mit Comments von B.M. Friedman und St.G. Cecchetti) in : N.G. Mankiw (ed.), Monetary Policy, Chicago 1994.

D. Berkowitz, K. Pistor and J.-F. Richard, Economic Development, Legality and the Transplant Effect, in: European Economic Review, Vol. 47, Nr. 1, S. 165-195, 2003.

O. Blanchard (ed.), Reform in Eastern Europe, Cambridge (Mass.) 1991.

O. Blanchard, K.A. Foot and J.D. Sachs (eds.), The Transition in Eastern Europe, Chicago and London 1994.

O. Blanchard, The Economics of Post-Communist Transition, Oxford 1998.

H. Bloomstein, M. Marrese (ed.), Transformation of Planned Economies. Property Rights Reform and Macroeconomic Stability, Paris 1991.

- R. Brady, Kapitalizm : Russia's struggle to free its economy, New Haven 1999.
- J. van den Broek and D. van den Bulcke (eds.), Changing Economic Order, Groningen 1992.
- M. Bruno and J. Sachs, Economics of Worldwide Stagflation, Cambridge (Mass.) 1985.
- H. Carrère d'Encausse, L'empire éclaté. La révolte des nations en URSS, Paris 1978.
- D. Cassel (Hrsg.), Institutionelle Probleme der Systemtransformation, Berlin 1997.
- Central European University Privatization Reports
 Volume 1 : R. Frydman, A. Rapaczynski, J.S. Earle, The Privatization Process in Central Europe (1993)
 Volume 2 : R. Frydman, A. Rapaczynski, J.S. Earle, The Privatization Process in Russia, Ukraine, and the Baltic States (1993)
 Volume 3 : J.S. Earle, R. Frydman, A. Rapaczynski, J. Turkewitz, Small Privatization (1994)
 Central European University Press, Budapest, London and New York
- Centre for Research into Post-Communist Economies (CRCE), London, www.crce.org.uk. Buchpublikationen. Post-Communist Economies, vierteljährlich (zuvor : Communist Economies and Economic Transformation, ursprünglich : Communist Economies). Newsletter, vierteljährlich.
- C. Clague, G.C. Rausser (ed.) The Emergence of Market Economies in Eastern Europe, Cambridge (Mass.) 1992.
- St. Courtois et al., Das Schwarzbuch des Kommunismus, München 1998 (französische Originalausgabe : Le livre noir du communisme, Paris 1997).
- P.H. Dembinski, La privatisation en Europe de l'Est, Paris 1995.
- European Bank for Reconstruction and Development, Transition Reports, London (jährlich).
- R. Frydman and A. Rapaczynski, Privatization in Eastern Europe, Budapest, London and New York 1992.

B. Gahlen, H. Hese und H.J. Ramser (Hrsg.), Von der Plan- zur Marktwirtschaft. Eine Zwischenbilanz, Tübingen 1992.

M. Gorbatschow, Reden und Aufsätze zu Glasnost und Perestroika, Moskau 1989.

M. Gress, M. Rose und R. Wiswesser, Marktorientierte Einkommensteuer - Das neue kroatische System einer konsum- und damit marktorientierten Besteuerung des persönlichen Einkommens, München 1998.

Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HdSW), Stuttgart, Tübingen und Göttingen

I. Fetscher, Marx : (II) Historischer Materialismus, Bd. 7 (1961).

S. Landshut, Sozialismus : (II) Marxismus, Bd. 9 (1956).

H. Maus, Imperialismus, Bd. 5 (1956).

H. Maus, Proletariat, Bd. 8 (1964).

H. Peter, Marx : (III) Ökonomisch-soziologisches System, Bd. 7 (1961).

R.A.J. Schlesinger, Kommunismus, Bd. 12 (1965).

Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften (HdWW), Stuttgart, Tübingen, Göttingen und Zürich

W. Koch, Staatssozialismus, Bd. 7 (1977).

W.J. Mommsen, Imperialismus, Bd. 4 (1978).

H.-D. Ortlieb und D. Lösch, Sozialismus II, Bd. 7 (1977).

H. Stuke, Sozialismus I, Bd. 7 (1977).

N. Wenturis, Marxismus, Bd. 5 (1980).

K.-H. Hartwig und H.-J. Thieme (Hrsg.) Transformationsprozesse in sozialistischen Wirtschaftssystemen, Berlin und Heidelberg 1991.

F.A. von Hayek, Die Anmassung von Wissen. Neue Freiburger Studien, Tübingen 1996.

C. Herrmann-Pillath, O. Schlecht und H.-F. Wünsche (Hrsg.), Marktwirtschaft als Aufgabe. Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang vom Plan zum Markt, Stuttgart und New York 1994.

International Monetary Fund, www.imf.org. Insbesondere : Country Reports, Statistical Data.

H. Kleinewefers, Reformen für Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt und New York 1985.

J.M. Kovács and M. Tardos (eds.), Reform and Transformation in Eastern Europe, London 1992.

J. Kornai, The Socialist System : The Political Economy of Communism, Princeton (NJ), 1992.

J. Kornai, Unterwegs, Marburg 1996.

M. Laar, The Little Country That Could, London 2002.

I.W. Lieberman, Mass Privatization in Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union. A Comparative Analysis, Washington 1996.

D. Lösch, Der Weg zur Marktwirtschaft. Grundzüge einer Theorie der Transformationspolitik, Baden-Baden 1993.

W. Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Stuttgart 1999.

OECD, www.oecd.org. Country Surveys. Statistics, Data and Indicators.

The New Palgrave, Dictionary of Money and Finance, London 1992.

K. Pistor, M. Raiser and S. Gelfer, Law and Finance in Transition Economies, in: Economics of Transition, Vol. 8, Nr. 2, S. 325-368, 2000.

K.R. Popper, Das Elend des Historizismus, 3. Aufl., Tübingen 1971.

Z. Poznanski (ed.), The Evolutionary Transition to Capitalism, Boulder (Col.) 1995.

J. Sachs, Poland's Jump to the Market Economy, Cambridge (Mass.) 1993.

Ch.T. Saunders (ed.), Eastern Europe in Crisis and the Way Out, Houndsmills and London 1995.

K. Schrader, Ordnungspolitische Weichenstellungen für eine marktwirtschaftliche Entwicklung in mittel- und osteuropäischen Ländern, Tübingen 1999.

H. Siebert, Overcoming the Transformation Crisis, Tübingen 1993.

G. und H.-W. Sinn, Kaltstart. Volkswirtschaftliche Analyse der deutschen Vereinigung, 3. Aufl., München 1993.

J. Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002.

Stockholm Institute of Transition Economics (mit European Bank for Reconstruction and Development), The Economics of Transition, dreimal jährlich.

M. Suhrcke, Economic Growth in the Transition Economies of Central and Eastern Europe, Hamburger Doktordissertation 1999.

K.-H. Thieme (Hrsg.), Geld und Kredit im Transformationsprozess, Berlin 1995.

J. Vickers and G. Yarrow, Privatization : an economic analysis, Cambridge (Mass.) 1988.

H.-J. Wagener (Hrsg.), Anpassung durch Wandel : Evolution und Transformation von Wirtschaftssystemen, Berlin 1991.

H.-J. Wagener (ed.), On the Theory and Policy of Systemic Change, Heidelberg 1993.

P.J. Welfens, Market-oriented Systemic Transformations in Eastern Europe, New York 1992.

Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, www.wiiw.at. Countries in Transition : WIIW Handbook of Statistics, jährlich. Current Analyses and Country Profiles. Analytical Forecasts. Monthly Reports.

J. Williamson, What Washington Means by Policy Reform, in : J. Williamson (ed.), Latin American Adjustment : How Much Has Happened ? Washington 1990, S. 7-38.

J. Williamson, The Washington Consensus Revisited, in : L. Emmerij (ed.), Economic and Social Development in the XXI Century, Washington 1997.

J. Williamson, What Should the World Bank Think about the Washington Consensus ? World Bank Research Observer, Vol. 15, 2000, S. 251-264.

World Bank, Washington (DC), www.worldbank.org. Country Studies. Transition Newsletter. Transition Economies Working Papers. Transition Economies Datasets.

World Bank (ed.), The Transformation of Economies in Central and Eastern Europe, Washington (D.C.) 1991.

World Bank, World Development Report 1996 : From Plan to Market, New York and Oxford 1996.

S. Zecchini (ed.), Lessons from the Economic Transition. Central and Eastern Europe in the 1990s, Dordrecht 1997.

STATISTISCHER ANHANG

Vorbemerkungen

Der statistische Anhang beschränkt sich auf eine Reihe von Schlüsselzahlen, die (neben den Texttabellen 1, 2 und 3) eine besondere Aussagekraft für den Transformationsprozess besitzen. Die nachfolgenden Bemerkungen zu den einzelnen Tabellen nennen ganz kurz die Richtung, in der sich die Zahlen im Transformationsprozess entwickelt haben und warum. Die weitere Interpretation der Tabellen bleibt dem Leser überlassen.

Die Qualität der Zahlen ist für die ersten Jahre des Transformationsprozesses teilweise zweifelhaft. Zu dem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemumbruch und der Knappheit von verfügbaren Mitteln und Know-How kam auch noch die Umstellung der nationalen Buchhaltungen von der früheren marxistisch-planwirtschaftlichen Systematik auf die in den fortgeschrittenen Marktwirtschaften übliche OECD-Systematik. Für die ersten Jahre des Transformationsprozesses handelt es sich demgemäss um recht grobe Schätzungen, die später oft massiv revidiert wurden und sich je nach der benutzten Quelle teilweise erheblich unterscheiden.

zu Anhangtabelle 1 : Inflation

Die Tabelle zeigt sehr deutlich die Anpassungsinflation in den ersten Jahren nach der Wende, die sich aus der Freigabe der Preise und dem aus der planwirtschaftlichen Zeit übernommenen Geldüberhang ergab. Demgemäss hängt die Spitze der Anpassungsinflation von dem Zeitpunkt der Freigabe der Preise innerhalb des Reformprozesses ab. In einer Reihe von Ländern wurde die Inflationsspitze auch durch kriegerische Ereignisse mitbestimmt. Seit 1993 ist die Inflation in den meisten Ländern trendmässig gesunken, vielfach sogar erstaunlich schnell. Inzwischen weisen die meisten Länder Inflationsraten unter 5 % auf.

Das Thema "Anpassungsinflation" ist demnach längst abgeschlossen. Was es in den Transformationsländern heute noch an Inflation gibt, ist keine Erblast aus der Zeit der Planwirtschaft mehr, sondern Resultat der laufenden makroökonomischen Politik.

zu Anhangtabelle 2 : Arbeitslosenrate

Die Arbeitslosenrate nimmt zu Beginn der Transformation sprunghaft zu. Die versteckte Arbeitslosigkeit der Planwirtschaft wird zur offenen Arbeitslosigkeit in der Marktwirtschaft. Das hohe Niveau erweist sich dann als überaus hartnäckig. Die Arbeitslosen sind nicht nur Opfer der Transformationskrise, sondern leiden auch - "temporär", aber diese Zeit erweist sich als lang - unter dem fort-dauernden Strukturwandel und dem starken Produktivitätszuwachs. In der letzten Zeit kommt noch die ungünstige Entwicklung der Weltwirtschaft dazu. Die Zahlen unterstreichen die Bedeutung institutioneller Reformen, im konkreten Fall die Notwendigkeit des Aufbaus eines sozialen Sicherungsnetzes, das einerseits Existenzsicherheit gewährt, andererseits aber nicht zu einer Verfestigung individueller Arbeitslosigkeit führt und auch nicht den Strukturwandel und die Produktivitätssteigerung behindert. Das Problem ist aus den hochentwickelten Marktwirtschaften bestens bekannt, stellt sich aber in den Transformationsländern mit besonderer Dringlichkeit.

zu Anhangtabelle 3 : Staatsbudget

Die Budgetdefizite sind üblicherweise zu Beginn der Transformation hoch. Die Ausgaben zur Aufrechterhaltung der wichtigsten staatlichen Aktivitäten sind unabweisbar und werden durch die soziale Misere in der Transformationskrise sogar noch erhöht. Auf der anderen Seite muss ein marktkonformes System der Einnahmenbeschaffung erst von Grund auf neu geschaffen werden, und die Besteuerungsgrundlagen sind wegen der Transformationskrise schwach. Sieht man das Maastrichtkriterium von 3 % als die Grenze nachhaltig verkraftbarer Staatsdefizite an, was wegen der potentiell hohen Wachstumsraten in den Transformationsländern eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist, so hat die Mehrheit der Transformationsländer das Problem der Neuverschuldung inzwischen schon erstaunlich gut in den Griff bekommen.

zu Anhangtabelle 4 : Staatsquote

Konsolidiert man den Betriebssektor mit dem Staatssektor im engeren Sinn so resultiert in der kommunistischen Planwirtschaft eine Staatsquote in der Nähe von 100 %. Die Transformation bewirkt eine Entflechtung von Betrieben und Staat, wodurch die Staatsquote stark sinkt. Dabei werden aber viele staatliche Aktivitäten, die früher im Rahmen der Betriebe durchgeführt wurden, nun (richtigerweise) dem Staat zugewiesen. Dazu kommt die starke Erhöhung der Sozialausgaben auf Grund der Transformationskrise. Im Ergebnis hat sich die Staatsquote in den meisten Transformationsländern in Richtung des EU-Durchschnitts entwickelt und dort stabilisiert. Es ist allerdings die Frage, ob dadurch nicht bereits die Ausschöpfung des Wachstumspotentials behindert wird.

zu den Anhangtabellen 5, 6, 7 : Exporte, Importe, Handelsbilanz

Das planwirtschaftliche System ist vor allem wegen seiner statischen und dynamischen Ineffizienz zugrunde gegangen. Die Transformation startete daher u.a. auch mit grossen aussenwirtschaftlichen Problemen.

Grundsätzlich misstraute das planwirtschaftliche System den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Vorteile von Arbeitsteilung und Wettbewerb wurden gering geachtet, verglichen mit dem Problem, dass die weltwirtschaftlichen Beziehungen nicht kontrollierbar waren. Daraus hätten Störungen resultieren können, denen das planwirtschaftliche System angesichts seiner Inflexibilität nicht gewachsen gewesen wäre. Die Planwirtschaften setzten daher auf möglichst weitgehende Autarkie sowie auf die kontrollierten und vor der marktwirtschaftlichen Konkurrenz geschützten Austauschbeziehungen im Rahmen des COMECON.

Mit der Planwirtschaft verschwanden auch die Austauschbeziehungen im Rahmen des COMECON in kürzester Frist, und die Transformationsländer fanden sich mit einer völlig ungenügenden Einbindung in die Weltwirtschaft wieder. Gegenüber dem Weltmarkt bestand auf der Exportseite keine Wettbewerbsfähigkeit, während auf der Importseite ein enormer Nachfrageüberhang nicht finanziert werden konnte. Zwischen der Export- und der Importseite zeigte sich also eine auch für Entwicklungsländer oft typische wechselseitige Abhängigkeit. Auf der einen Seite limitieren die Exporterlöse die Importmöglichkeiten. Auf der andern Seite sind produktivitätserhöhende Importe eine wichtige Voraussetzung für ein wettbewerbsfähiges Exportangebot. Die Auflösung des Problems ist bei entsprechenden Rahmenbedingungen durch Kapitalimport möglich.

Die Tabellen 5 und 6 zeigen, dass die Transformationsländer von einem sehr niedrigen Niveau des weltwirtschaftlichen Austauschs ausgingen. Jedoch weisen fast alle Länder ein Export- und Importwachstum auf, welches bei weitem über dem Wachstum des Sozialprodukts liegt. Die Integration in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung ist also zügig vorangekommen. Dabei war das Exportwachstum ein limitierender Faktor. Mit Ausnahme des grossen Rohstoffexporteurs Russland wiesen nämlich alle Länder während der neunziger Jahre immer oder meistens Handelsbilanzdefizite von überwiegend beträchtlicher Grösse auf (Tabelle 7).

zu den Anhangtabellen 8 und 9 : Ausländische Direktinvestitionen und Auslandschulden

Die Lücke in den Leistungsbilanzen der Transformationsländer musste durch Kapitalimporte geschlossen werden, die im wesentlichen in der Form von Geschenken (Transfers), Direktinvestitionen und Krediten erfolgen können.

Transformations- und entwicklungspolitisch besonders wichtig sind die Direktinvestitionen. Tabelle 8 zeigt, dass den Direktinvestitionen vor allem in den kleineren Volkswirtschaften eine grosse, allerdings projektgebunden von Jahr zu Jahr stark schwankende Bedeutung zukam, wobei der Trend jeweils auch als Indikator für den Transformationserfolg und die Qualität der Rahmenbedingungen dienen kann.

Tabelle 9 zeigt, dass fast alle Transformationsländer in den 90er Jahren ihre Auslandsschulden kontinuierlich erhöht haben und inzwischen beachtliche Verpflichtungen aufweisen. Zeitweilige Ausnahmen sind vor allem Polen und Ungarn, die Mitte der 90er Jahre in Schuldenkrisen gerieten, aus denen sie durch partiellen Schuldenerlass (Polen) und eine scharfe Austeritätspolitik herausfanden, ferner Albanien, Bulgarien und Russland, deren zeitweilig erratische Transformationspolitik sich auch in der Entwicklung ihrer Auslandsverschuldung spiegelt. Generell ist der Verschuldungstrend am Ende der 90er Jahre abgeflacht, und der erreichte Schuldenstand erscheint angesichts des grossen Wachstumspotentials in den meisten Ländern noch nicht beunruhigend.

zu Anhangtabelle 10 : Privatsektor

Tabelle 10 zeigt die Entwicklung des Anteils des Privatsektors an der Wertschöpfung im Verlauf der Transformation. Die Länder starteten im allgemeinen mit einem Anteil des Privatsektors von etwa 10 %. Wo er höher lag, wie in Polen, Ungarn und Ex-Jugoslawien, ging dies vor allem auf das Konto der privaten Landwirtschaft und des privaten Kleingewerbes. Im Verlauf von zehn Jahren ist der Anteil des Privatsektors am Sozialprodukt auf Werte zwischen 60 % und 80 % gestiegen. Es gilt dabei zu beachten, dass die Beziehung zwischen Transformationserfolg und Privatisierung komplex ist. Die Privatisierung ist, wie im Text näher ausgeführt wurde, nur *ein* Aspekt der Transformation, und es kommt für den Transformationserfolg auch sehr darauf an, *wie* sie durchgeführt wird.

zu den Anhangtabellen 11, 12 und 13 : Dienstleistungen, Industrie, Landwirtschaft

Als Erbe der Planwirtschaft hatte die Wirtschaftsstruktur der Transformationsländer wichtige Veränderungen noch nicht durchgemacht, die für die Entwick-

lung in den marktwirtschaftlichen Ländern in den letzten Jahrzehnten charakteristisch waren. Der Industriesektor und die Landwirtschaft hatten ein vergleichsweise zu grosses, der Dienstleistungssektor hingegen ein zu geringes Gewicht.

Die Tabellen 11, 12 und 13 zeigen, dass sich die Strukturen in den meisten Ländern erstaunlich schnell den Verhältnissen in den fortgeschrittenen Marktwirtschaften angepasst haben und dadurch auch untereinander ähnlicher geworden sind. Es ist dabei zu beachten, dass die Zahlen aus unterschiedlichen Quellen stammen und sich nicht unbedingt zu 100 % addieren. Zudem wurden vielfach die Definitionen und Erhebungsgrundlagen geändert. Die Tendenzaussagen sind daher wichtiger als die genaue Grösse der einzelnen Zahlen.

Die Landwirtschaft hat in allen erfolgreichen Transformationsländern stark an Bedeutung verloren (Tabelle 13). Wo dies nicht der Fall ist, liegt ein klares Indiz für eine zumindest zeitweilig verfehlte Transformationspolitik und/oder für eine Entwicklungsstörung durch kriegerische Ereignisse vor. In beiden Fällen erwies sich die landwirtschaftliche Aktivität als Notanker für Menschen, die ansonsten keine Möglichkeit für ihr wirtschaftliches Überleben gefunden hätten.

An relativer Bedeutung verloren hat auch in fast allen Ländern die Industrie. Die Ausnahmen sind Ungarn sowie die Ukraine und Mazedonien. Im Falle Ungarns war die Wirtschaftsstruktur durch die früheren Wirtschaftsreformen schon zu Beginn der Transformation relativ modern, während eine systematische Transformationspolitik im Fall der Ukraine aus politisch-ideologischen Gründen und im Fall Mazedoniens wegen inneren und äusseren Konflikten noch nicht stattgefunden hat.

Das Spiegelbild der Bedeutungsabnahme von Landwirtschaft und Industrie ist die Bedeutungszunahme der Dienstleistungen (Tabelle 11).

Anhangtabelle 1: Inflation

(Jährliche Veränderungen der Konsumentenpreisindices in %)

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Estland	6.1	23.1	210.5	1076.0	89.8	47.7	29.0	23.1	11.2	8.2	3.3	4.0	6.1	4.7
Kroatien	na	609.5	123.0	665.5	1517.5	97.6	2.0	3.5	3.6	5.7	4.2	6.2	5.7	4.9
Lettland	4.7	10.5	172.2	951.2	109.2	35.9	25.0	17.6	8.4	4.7	2.4	2.8	2.4	4.0
Litauen	2.1	8.4	224.7	1020.5	410.4	72.1	39.6	24.6	8.9	5.1	0.8	1.0	1.5	2.6
Polen	251.1	585.8	70.3	43.0	35.3	32.2	27.8	19.9	14.9	11.8	7.3	10.1	5.6	3.8
Slowakei	2.3	10.8	61.2	10.0	23.2	13.4	9.9	5.8	6.1	6.7	10.6	12.0	7.4	7.0
Slowenien	1306.0	549.7	117.7	207.3	32.9	21.0	13.5	9.9	8.4	8.0	6.1	8.9	8.6	6.6
Tschechien	1.4	9.7	52.0	11.1	20.8	9.9	9.1	8.8	8.5	10.7	2.1	3.9	4.9	4.7
Ungarn	17.0	28.9	35.0	23.0	22.5	18.8	28.2	23.6	18.3	14.3	10.0	9.8	9.1	5.5
<i>MEB¹</i>	<i>198.8</i>	<i>339.5</i>	<i>69.7</i>	<i>96.4</i>	<i>113.7</i>	<i>28.7</i>	<i>20.7</i>	<i>15.9</i>	<i>12.2</i>	<i>10.6</i>	<i>6.4</i>	<i>8.4</i>	<i>6.0</i>	<i>4.5</i>
Albanien	0.0	0.0	35.5	226.0	85.0	22.6	7.8	12.7	33.2 ³	20.6	0.4	0.1	3.5	3.5
Bulgarien	6.4	26.3	333.5	82.0	73.0	96.3	62.0	123.0	108.0	22.2	0.7	9.9	8.0	5.0
Mazedonien	1246.0	608.4	114.9	1664.4	338.4	126.5	16.4	2.5	1.5	0.6	-1.3	9.2	6.2	6.8
Rumänien	1.1	5.1	170.2	210.4	256.1	136.7	32.3	38.8	154.8	59.1	45.8	45.7	34.2	25.0
<i>SOE¹</i>	<i>313.4</i>	<i>10.6</i>	<i>199.8</i>	<i>172.6</i>	<i>207.5</i>	<i>122.3</i>	<i>36.9</i>	<i>50.1</i>	<i>128.9</i>	<i>45.5</i>	<i>29.2</i>	<i>32.8</i>	<i>24.8</i>	<i>18.2</i>
Russland	2.0	5.6	92.7	1526.0	875.0	311.4	197.7	47.8	14.7	27.6	86.1	20.8	21.4	12.5
Ukraine	2.2	4.2	91.0	1210.0	4743.0	891.0	377.0	80.0	15.9	10.5	22.7	28.2	12.5	11.0
<i>OE¹</i>	<i>2.1</i>	<i>4.9</i>	<i>91.9</i>	<i>1463.6</i>	<i>1507.6</i>	<i>380.7</i>	<i>215.0</i>	<i>50.9</i>	<i>14.8</i>	<i>25.3</i>	<i>76.8</i>	<i>21.6</i>	<i>20.4</i>	<i>12.3</i>
OECD Total ²	6.2	7.0	6.2	4.9	4.3	4.9	5.5	5.1	4.4	3.7	3.1	3.8	2.9	2.7
EU ²	5.2	5.8	5.1	4.5	3.6	3.1	3.1	2.5	2.1	1.8	1.3	2.5	1.9	2.4

Die Daten für 2000, 2001, 2002 sind vorläufige Zahlen bzw. Prognosen.

Quelle : EBRD: Transition Report 2001.

¹ Mit den BIP-Anteilen gewogener Durchschnitt. Für 1989 : mangels BIP-Daten ungewogener Durchschnitt. Für 2001 und 2002 wurde mit den Gewichten des Jahres 2000 gerechnet.

MEB = Mitteleuropa und Baltikum SOE = Südosteuropa OE = Osteuropa

² Quelle: OECD. <http://www.oecd.org/xls/M00023000/M00023768.xls>, für 2001 und 2002
OECD Main Economic Indicators.

³ Unvollständige Datengrundlage.

Anhangtabelle 2: Arbeitslosenrate
(in % der Erwerbsbevölkerung)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Estland ³	0.6	na	na	6.6	7.6	9.8	10.0	9.7	9.9	12.4	13.8
Kroatien ³	9.3	13.2	13.2	14.8	14.5	14.5	10.0	9.9	11.4	13.6	16.1
Lettland ³	0.5	0.6	3.9	8.7	16.7	18.1	19.4	14.8	14.0	13.5	13.2
Litauen ³	na	0.3	1.3	4.4	3.8	17.5	16.4	14.1	13.3	14.1	15.4
Polen ⁴	6.5	12.3	14.3	16.4	16.0	14.9	13.2	8.6	10.4	13.0	15.0
Slowakei ⁴	1.2	9.5	10.4	14.4	14.6	13.1	12.8	12.5	15.6	19.2	17.9
Slowenien ⁵	4.7	7.3	8.3	9.1	9.1	7.4	7.3	7.1	7.6	7.4	7.2
Tschechien ⁴	0.7	4.1	2.6	3.5	3.2	2.9	3.5	5.2	7.5	9.4	8.8
Ungarn ⁴	1.8	8.2	9.3	14.5	12.4	12.1	11.8	11.6	10.1	9.9	9.0
<i>MEB</i> ¹	<i>4.5</i>	<i>9.4</i>	<i>10.6</i>	<i>13.0</i>	<i>12.8</i>	<i>12.8</i>	<i>11.7</i>	<i>9.3</i>	<i>10.6</i>	<i>12.5</i>	<i>13.4</i>
Albanien ³	9.5	8.9	27.9	28.9	19.6	16.9	12.4	14.9	17.8	18.0	16.8
Bulgarien ⁴	1.7	11.1	15.3	16.4	12.8	11.1	12.5	13.7	12.2	16.0	17.9
Mazedonien ³	18.5	19.2	27.8	28.3	31.4	37.7	31.9	36.0	34.5	32.4	32.1
Rumänien ⁴	na	3.0	8.2	10.4	10.9	9.5	6.6	8.9	10.3	11.8	10.5
<i>SOE</i> ¹	<i>6.0</i>	<i>6.3</i>	<i>12.7</i>	<i>14.5</i>	<i>13.2</i>	<i>12.1</i>	<i>9.9</i>	<i>12.1</i>	<i>12.8</i>	<i>14.5</i>	<i>14.0</i>
Russland ⁴	na	na	5.3	6.0	7.8	9.0	9.9	11.2	13.3	11.7	9.7
Ukraine ⁴	na	0.0	0.2	0.3	0.3	0.5	1.3	2.3	3.7	4.3	4.2
<i>OE</i> ¹	<i>na</i>	<i>na</i>	<i>4.0</i>	<i>4.5</i>	<i>5.9</i>	<i>6.8</i>	<i>7.7</i>	<i>8.9</i>	<i>10.9</i>	<i>9.8</i>	<i>8.3</i>
OECD ²	5.8	6.4	7.1	7.9	7.7	7.4	7.3	7.0	6.9	6.7	6.2
EU ²	7.8	8.0	9.1	10.6	10.9	10.5	10.6	10.4	9.7	9.0	8.1

Die Daten für 2000 sind vorläufige Zahlen.

Quelle: EBRD: Transition Report 2000 für 1989-1992.

Transition Report 2001 für 1993-2000.

¹ Mit den Bevölkerungsanteilen gewogener Durchschnitt.

² Quelle: OECD <http://www.oecd.org/xls/M00023000/M00023772.xls>

³ Jahresdurchschnitte („Annual average“)

⁴ Jahresendwerte („End-year“)

⁵ Jahresmittewerte („Mid-year“)

Anhangtabelle 3: Staatsbudget
(Überschuss/Defizit in % des BIP)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Estland	na	na	na	-0.8 ³	1.4	-0.6	-1.9	2.2	-0.3	-4.6	-0.7	-0.5
Kroatien	na	na	-3.9	-0.8	1.2	-1.4	-1.0	-1.9	-1.0	-6.5	-6.9	-5.3
Lettland	na	na	na	0.6 ³	-4.4	-3.9	-1.8	0.3	-0.8	-3.9	-3.3	-2.0
Litauen	na	na	na	-5.3	-4.8	-4.5	-4.5	-1.8	-5.9	-8.5	-2.8	-1.4
Polen	3.1	-2.1	-4.9	-2.4	-2.2	-3.1	-3.3	-3.1	-3.2	-3.7	-3.2	-4.0
Slowakei	na	na	-11.9	-6.0	-1.5	0.4	-1.3	-5.2	-5.0	-3.6	-3.6	-4.1
Slowenien	na	2.6	0.3	0.6	-0.2	-0.3	-0.2	-1.7	-1.4	-0.9	-1.3	-1.5
Tschechien	-0.2	-1.9	-3.1	0.5	-1.1	-1.4	-0.9	-1.7	-2.0	-3.3	-4.9	-9.2
Ungarn	0.0	-3.0	-7.2	-6.6	-8.4	-6.7	-5.0	-6.6	-5.6	-5.7	-3.5	-3.0
<i>MEB</i> ¹	1.5	-1.9	-5.1	-2.6	-2.8	-2.8	-2.6	-3.2	-3.2	-4.1	-3.6	-4.4
Albanien	-6.1	-20.7	-23.1	-15.5	-12.6	-10.1	-12.1	-12.6	-10.4	-11.4	-9.1	-9.2
Bulgarien	-8.1	-4.5	-2.9	-8.7	-3.9	-5.7	-10.4	-2.1	0.9	-0.9	-1.1	-1.5
Mazedonien	na	-4.5	-9.8	-13.4	-2.7	-1.0	-1.4	-0.4	-1.8	0.0	1.0	-8.0
Rumänien	na	na	-4.6	-0.4	-2.2	-2.5	-3.9	-4.6	-5.0	-3.5	-3.7	-3.7
<i>SOE</i> ¹	-7.8	-6.6	-4.5	-3.8	-3.0	-3.5	-5.3	-4.2	-3.8	-3.2	-3.2	-3.9
Russland	na	na	-18.9	-7.3	-10.4	-6.0	-8.9	-7.9	-8.0	-3.3	3.0	3.0
Ukraine	na	na	-25.4	-16.2	-7.7	-6.1	-3.2	-5.4	-2.8	-2.4	-1.3	-1.7
<i>OE</i> ¹	na	na	-20.2	-8.8	-10.1	-6.0	-8.4	-7.6	-7.3	-3.2	2.5	2.5
EU ²	-4.1	-4.7	-5.4	-6.4	-5.6	-5.3	-4.3	-2.5	-1.7	-0.8	0.6	-0.7

Die Daten für 2000 und 2001 sind vorläufige Zahlen bzw. Prognosen.
Quelle: EBRD: Transition Report 2001.

¹ Mit den BIP-Anteilen gewogener Durchschnitt. Für 2001 wurde mit den Gewichten des Jahres 2000 gerechnet.

² Euro-Zone. *Quelle:* OECD. <http://www.oecd.org/xls/M00023000/M00023776.xls>

³ *Quelle:* OECD, Economic Survey: Baltic States - a regional economic assessment, February 2000.

Anhangtabelle 4: Staatsquote
(Staatsausgaben in % des BIP)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Estland	na	na	34.9	40.1	40.5	41.5	40.7	38.4	38.6	41.0	36.7
Kroatien	na	na	36.1 ³	35.0	40.6	44.9	45.3	44.4	46.7	49.3	47.3
Lettland	na	na	28.2	35.2 ⁴	40.5	41.2	39.2	41.0	43.4	44.0	42.0
Litauen	49.1	38.7	31.3	35.4	37.4	36.8	34.2	33.7	38.1	40.2	33.2
Polen	39.8	48.9	50.4	49.9	50.5	49.2	46.4	45.8	44.6	43.9	42.6
Slowakei	na	na	58.0 ³	47.6	45.5	45.2	47.0	45.5	42.9	43.3	45.4
Slowenien	49.6	41.1	45.8	44.1	43.6	43.4	42.9	43.8	44.4	44.5	44.1
Tschechien	na	na	49.6 ³	41.2	41.8	41.5	40.6	40.9	40.8	42.0	44.5
Ungarn	53.5	54.3	61.6	57.5	58.7	52.2	48.2	50.9	49.4	44.8	45.1
<i>MEB¹</i>	<i>45.3</i>	<i>49.5</i>	<i>50.9</i>	<i>47.6</i>	<i>48.1</i>	<i>46.5</i>	<i>44.6</i>	<i>44.6</i>	<i>44.1</i>	<i>43.6</i>	<i>43.1</i>
Albanien	62.1	61.9	43.9	40.4	36.4	33.4	30.3	29.4	30.7	32.7	31.4
Bulgarien	65.9	45.6	45.4	48.1	45.7	41.3	42.3	33.5	35.8	40.7	44.5
Mazedonien	na	na	48.2	53.6	45.8	39.0	37.1	35.3	35.8	38.0	37.8
Rumänien	38.7	38.7	42.0	34.2	33.9	34.7	33.8	34.3	38.4	36.8	35.1
<i>SOE¹</i>	<i>47.2</i>	<i>40.9</i>	<i>43.1</i>	<i>39.3</i>	<i>37.4</i>	<i>36.5</i>	<i>35.5</i>	<i>34.0</i>	<i>37.3</i>	<i>37.5</i>	<i>37.0</i>
Russland	na	na	58.4 ³	43.6	45.1	39.1	42.4	44.4	41.4	38.4	35.8
Ukraine	na	na	58.4	54.5	51.4	33.0	39.9	44.2	38.7	36.1	35.8
<i>OE¹</i>	<i>na</i>	<i>na</i>	<i>58.4</i>	<i>45.4</i>	<i>45.9</i>	<i>38.5</i>	<i>42.2</i>	<i>44.4</i>	<i>41.0</i>	<i>38.1</i>	<i>35.8</i>
OECD ²	37.9	38.7	39.5	40.4	39.5	39.3	39.0	37.8	37.4	37.2	36.6
EU ²	47.3	47.8	48.5	50.4	49.3	49.0	49.2	47.8	47.0	46.7	44.8

Die Daten für 2000 sind vorläufige Zahlen.

Quelle: EBRD: Transition Report 2001.

¹ Mit den BIP-Anteilen gewogener Durchschnitt.

² Quelle: OECD. <http://www.oecd.org/xls/M00023000/M00023776.xls>.

EU bezieht sich auf Euro-Zone.

³ Quelle: EBRD: Transition Report 2000.

⁴ Quelle: EBRD: Transition Report 1997.

Anhangtabelle 5: Exporte
(in Mio. US Dollars)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Estland	na	na	461	812	1'226	1'697	1'813	2'294	2'690	2'515	3'289	3'782
Kroatien	4'020	3'290	3'130	3'904	4'260	4'633	4'546	4'210	4'605	4'395	4'567	4'795
Lettland	na	na	831	1'054	1'022	1'368	1'488	1'838	2'011	1'889	2'058	2'223
Litauen	na	na	1'142	2'026	2'029	2'706	3'413	4'192	3'962	3'147	4'050	4'415
Polen	10'900	12'800	14'000	13'598	17'024	22'878	24'453	27'229	30'122	26'347	28'277	31'500
Slowakei	na	na	na	5'447	6'691	8'579	8'831	9'639	10'667	10'197	11'870	12'750
Slowenien	4'120	3'870	6'700	6'083	6'832	8'350	8'353	8'408	9'091	8'623	8'808	9'160
Tschechien ¹	5'900	8'300	8'400	14'229	15'929	21'463	21'691	22'777	26'351	26'265	29'052	33'000
Ungarn	na	9'300	10'000	8'094	7'613	12'810	14'183	19'637	20'749	21'844	25'346	28'451
<i>MEB</i>	<i>24'940</i>	<i>37'560</i>	<i>44'664</i>	<i>55'247</i>	<i>62'626</i>	<i>84'484</i>	<i>88'771</i>	<i>100'224</i>	<i>110'248</i>	<i>105'222</i>	<i>117'317</i>	<i>130'076</i>
Albanien	231	73	70	112	141	205	229	167	205	275	256	276
Bulgarien	2'534	2'734	3'956	3'727	3'935	4'967	4'689	4'809	4'193	4'006	4'812	5'100
Mazedonien	1'113	1'150	1'199	1'056	1'086	1'204	1'147	1'237	1'292	1'192	1'367	1'400
Rumänien	3'364	3'241	4'286	4'892	6'151	7'910	8'061	8'431	8'302	8'503	10'366	11'560
<i>SOE</i>	<i>7'242</i>	<i>7'198</i>	<i>9'511</i>	<i>9'787</i>	<i>11'313</i>	<i>14'286</i>	<i>14'126</i>	<i>14'644</i>	<i>13'992</i>	<i>13'976</i>	<i>16'801</i>	<i>18'336</i>
Russland	na	na	na	5'9646	6'7542	8'2913	9'0564	8'9008	7'4883	7'5306	10'5565	10'2000
Ukraine ²	7'4600	5'0000	11'300	12'800	13'894	14'244	15'547	15'418	13'699	12'463	15'722	16'879
<i>OE</i>	<i>7'4600</i>	<i>5'0000</i>	<i>11'300</i>	<i>7'2446</i>	<i>8'1436</i>	<i>9'7157</i>	<i>10'6111</i>	<i>10'4426</i>	<i>8'8582</i>	<i>8'7769</i>	<i>12'1287</i>	<i>11'8879</i>

Die Daten für 2000 und 2001 sind vorläufige Zahlen bzw. Prognosen.

Quelle: EBRD: Transition Report 2001 für 1993-2000.

Reformbericht 1997 für 1990-1992.

¹ 1990-1992 : Tschechoslowakei.

² 1990, 1991 : "Innersowjetischer" Handel inbegriffen.

Anhangtabelle 6: Importe
(in Mio. US Dollars)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Estland	na	na	551	957	1'583	2'363	2'832	3'419	3'805	3'337	4'077	4'689
Kroatien	5'190	3'830	3'430	4'627	5'402	7'892	8'170	9'406	8'752	7'694	7'771	8'159
Lettland	na	na	1'046	1'051	1'323	1'948	2'286	2'686	3'141	2'916	3'116	3'428
Litauen	na	na	1'041	2'181	2'234	3'404	4'309	5'339	5'480	4'552	5'154	5'618
Polen	8'700	12'700	13'500	16'080	17'919	24'790	32'632	38'549	43'842	40'727	41'422	44'000
Slowakei	na	na	na	6'379	6'632	8'807	11'124	11'720	12'960	11'300	12'787	14'100
Slowenien	4'730	4'130	5'910	6'237	7'168	9'303	9'178	9'184	9'880	9'868	9'947	10'046
Tschechien ¹	6'700	8'700	10'300	14'754	17'310	25'141	27'568	27'317	28'905	28'168	32'183	38'000
Ungarn	na	9'100	10'100	11'340	11'248	15'252	16'828	21'600	23'102	24'020	27'465	31'678
<i>MEB</i>	<i>25'320</i>	<i>38'460</i>	<i>45'878</i>	<i>63'606</i>	<i>70'819</i>	<i>98'900</i>	<i>114'927</i>	<i>129'220</i>	<i>139'867</i>	<i>132'582</i>	<i>143'922</i>	<i>159'718</i>
Albanien	381	281	524	602	601	680	921	685	826	1'121	1'070	1'188
Bulgarien	3'086	2'330	4'168	4'612	3'952	4'930	4'567	4'488	4'574	5'087	5'987	6'800
Mazedonien	1'531	1'375	1'206	1'013	1'272	1'425	1'464	1'623	1'711	1'600	1'968	2'000
Rumänien	5'107	4'495	5'659	6'020	6'562	9'487	10'555	10'411	10'927	9'595	12'050	14'450
<i>SOE</i>	<i>10'105</i>	<i>8'481</i>	<i>11'557</i>	<i>12'247</i>	<i>12'387</i>	<i>16'522</i>	<i>17'507</i>	<i>17'207</i>	<i>18'038</i>	<i>17'403</i>	<i>21'075</i>	<i>24'438</i>
Russland	na	na	na	44'304	50'518	62'188	67'630	71'645	57'783	39'460	44'862	51'600
Ukraine ²	87'300	53'400	11'900	15'300	16'469	16'946	19'843	19'623	16'283	12'945	14'943	16'237
<i>OE</i>	<i>87'300</i>	<i>53'400</i>	<i>11'900</i>	<i>59'604</i>	<i>66'987</i>	<i>79'134</i>	<i>87'473</i>	<i>91'268</i>	<i>74'066</i>	<i>52'405</i>	<i>59'805</i>	<i>67'837</i>

Die Daten für 2000 und 2001 sind vorläufige Zahlen bzw. Prognosen.

Quelle: EBRD: Transition Report 2001 für 1993-2000.

Reformbericht 1997 für 1990-1992.

¹ 1990-1992 : Tschechoslowakei.

² 1990, 1991 : "Innersowjetischer" Handel inbegriffen.

Anhangtabelle 7: Handelsbilanz

(in % des BIP)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Estland	na	na	-8.9	-8.8	-15.4	-18.4	-22.8	-23.6	-22.0	-16.3	-16.0
Kroatien	-4.8	-3.2	-3.0	-6.7	-7.9	-17.2	-18.2	-25.7	-19.2	-16.4	-16.7
Lettland	na	na	-15.8	0.1	-8.3	-13.0	-15.4	-14.8	-18.9	-15.3	-14.6
Litauen	na	na	5.3	-5.8	-4.8	-11.6	-11.4	-12.0	-14.1	-13.2	-9.7
Polen	3.5	0.1	0.6	-2.9	-1.0	-1.6	-6.1	-8.3	-8.7	-9.3	-8.3
Slowakei	na	na	na	-7.4	0.4	-1.2	-11.5	-10.1	-10.7	-5.6	-4.8
Slowenien	-3.5	-2.1	6.3	-1.2	-2.3	-5.1	-4.4	-4.3	-4.0	-6.2	-6.3
Tschechien ²	-1.7	-1.1	-4.6	-1.5	-3.4	-7.1	-10.2	-8.6	-4.6	-3.6	-6.3
Ungarn	0.9	0.6	-0.3	-8.4	-8.8	-5.5	-5.9	-4.3	-5.0	-4.6	-4.7
<i>MEB¹</i>	<i>0.0</i>	<i>-0.5</i>	<i>-0.6</i>	<i>-4.1</i>	<i>-3.6</i>	<i>-5.0</i>	<i>-8.3</i>	<i>-9.2</i>	<i>-8.6</i>	<i>-8.1</i>	<i>-7.9</i>
Albanien	-7.1	-18.2	-63.9	-40.8	-23.8	-18.9	-24.9	-22.4	-20.2	-23.1	-21.9
Bulgarien	-4.7	5.4	-2.5	-8.1	-0.2	0.3	1.2	3.1	-3.1	-8.7	-9.8
Mazedonien	na	na	na	1.7	-5.6	-4.9	-7.1	-10.4	-12.0	-12.0	-17.8
Rumänien	-6.0	-4.6	-7.0	-4.3	-1.4	-4.4	-7.1	-5.6	-6.9	-3.2	-4.6
<i>SOE¹</i>	<i>-5.7</i>	<i>-2.9</i>	<i>-7.1</i>	<i>-6.0</i>	<i>-2.4</i>	<i>-4.0</i>	<i>-6.5</i>	<i>-5.0</i>	<i>-7.1</i>	<i>-6.4</i>	<i>-7.7</i>
Russland	na	na	na	9.1	6.1	6.0	5.5	4.0	6.3	19.4	24.6
Ukraine	na	na	-2.9	-7.6	-6.8	-7.3	-9.6	-8.4	-6.2	-1.5	2.4
<i>OE¹</i>			<i>-2.9</i>	<i>6.4</i>	<i>4.6</i>	<i>4.7</i>	<i>4.0</i>	<i>2.7</i>	<i>4.6</i>	<i>16.3</i>	<i>22.1</i>

Die Daten für 2000 sind vorläufige Zahlen.

Quelle: EBRD: Transition Report 2001 für 1993-2000.

Reformbericht 1997 für 1990-1992.

¹ Mit den BIP-Anteilen gewogener Durchschnitt.

² 1990-1992 : Tschechoslowakei.

Anhangtabelle 8: Ausländische Direktinvestitionen

(Nettozuflüsse in % des BIP)³

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Estland	na	na	7.9	9.5	9.2	5.5	2.5	2.7	11.3	4.4	6.6
Kroatien	na	na	0.1	0.9	0.8	0.6	2.4	1.7	3.9	7.2	4.3
Lettland	na	na	3.2	2.3	7.7	5.5	7.3	9.0	5.1	4.9	5.5
Litauen	na	na	na	1.1	0.7	1.2	1.9	3.4	8.6	4.5	3.3
Polen	0.0	0.1	0.3	0.7	0.6	1.0	2.0	2.2	3.2	4.1	5.8
Slowakei	0.2	0.8	0.9	0.8	1.6	1.0	1.0	0.4	1.7	3.6	10.7
Slowenien	0.0	-0.3	0.9	0.9	0.9	1.0	1.0	1.9	1.3	0.7	0.6
Tschechien	na	na	3.3	1.6	1.8	4.9	2.2	2.4	6.4	11.8	9.1
Ungarn	0.9	4.4	3.9	6.0	2.7	9.9	5.0	3.8	3.3	3.6	2.6
<i>MEB</i> ²	<i>0.3</i>	<i>1.2</i>	<i>1.6</i>	<i>2.0</i>	<i>1.5</i>	<i>3.2</i>	<i>2.5</i>	<i>2.5</i>	<i>3.9</i>	<i>5.2</i>	<i>5.7</i>
Albanien	na	0.7	2.8	3.8	3.4	3.5	3.5	1.8	1.5	1.4	3.8
Bulgarien	0.0	0.7	0.5	0.4	1.1	0.6	0.8	4.9	4.4	6.7	8.4
Mazedonien	na	na	na	0.0	0.7	0.3	0.3	0.5	5.0	0.8	5.0
Rumänien	-0.1	0.1	0.4	0.3	1.1	1.2	1.2	3.6	5.5	3.0	2.8
<i>SOE</i> ²	<i>0.0</i>	<i>0.3</i>	<i>0.5</i>	<i>0.4</i>	<i>1.2</i>	<i>1.1</i>	<i>1.2</i>	<i>3.6</i>	<i>5.0</i>	<i>3.6</i>	<i>4.2</i>
Russland	na	na	0.8	0.2 ¹	0.2	0.5	0.4	0.9	0.6	0.4	-0.1
Ukraine	na	na	1.0	0.6 ¹	0.4	0.7	1.2	1.2	1.8	1.5	1.8
<i>OE</i> ²	na	na	<i>0.8</i>	<i>0.3</i>	<i>0.2</i>	<i>0.5</i>	<i>0.5</i>	<i>1.0</i>	<i>0.8</i>	<i>0.6</i>	<i>0.1</i>

Die Daten für 2000 und 2001 sind vorläufige Zahlen bzw. Prognosen.

Quelle: EBRD: Transition Report 2001.

¹ Quelle: EBRD: Transition Report 1997.

² Mit den BIP-Anteilen gewogener Durchschnitt.

³ Die Zahlen sind Nettozuflüsse an ausländischem Kapital. Die Bruttozuflüsse sind zum Teil erheblich höher. Ihnen steht neben dem (Wieder)Abzug von Kapital eine zunehmende intra-regionale Investitionstätigkeit gegenüber. Die meisten Länder haben zudem nur Investitionen in Eigenkapital, sowie in einigen Fällen auch in Beteiligungen ausgewiesen.

Anhangtabelle 9: Auslandschulden
(in % des BIP)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Estland	na	na	13.8	16.5	17.5	35.2	55.5	55.9	55.4	61.4
Kroatien	16.4	26.7	24.2	20.7	20.2	26.7	37.1	44.3	49.2	57.2
Lettland	na	na	16.3	22.6	34.6	40.7	48.9	50.9	57.4	65.9
Litauen	na	3.1	12.2 ³	12.4	22.8	26.4	32.8	33.3	42.5	42.9
Polen	51.5	56.4	54.9	47.1	38.0	35.3	36.6	37.6	42.1	42.9
Slowakei	na	24.1 ⁴	26.6	32.0	30.9	38.8	48.5	55.9	53.4	56.3
Slowenien	14.7	13.8	14.8	15.7	15.8	21.1	22.6	25.1	26.9	34.3
Tschechien	26.4	23.7	24.3	26.0	31.8	36.0	40.6	43.1	42.6	42.8
Ungarn	67.8	57.6	63.7	68.7	70.9	61.9	53.3	58.0	56.6	67.3
<i>MEB¹</i>	<i>41.6</i>	<i>43.4</i>	<i>43.6</i>	<i>40.9</i>	<i>38.0</i>	<i>37.7</i>	<i>39.9</i>	<i>42.2</i>	<i>44.7</i>	<i>47.8</i>
Albanien	55.7	123.9	78.9	52.4	27.6	27.3	33.1	28.7	26.6	27.5
Bulgarien	157.4	145.6	127.7	116.8	77.4	97.7	95.8	83.7	80.5	86.4
Mazedonien	15.9	32.7	32.6	24.9	23.8	25.3	30.7	41.0	43.6	46.0
Rumänien	7.4	16.6	16.1	18.3	18.3	23.6	27.2	26.0	26.6	27.0
<i>SOE¹</i>	<i>40.0</i>	<i>57.6</i>	<i>48.6</i>	<i>41.5</i>	<i>33.1</i>	<i>37.8</i>	<i>41.4</i>	<i>39.5</i>	<i>40.2</i>	<i>40.9</i>
Russland	161.2	128.2	66.9 ³	49.3	42.3	39.4	37.7	68.0	96.7	68.1
Ukraine	na	2.0	12.8	19.1	21.4	19.9	19.0	27.5	39.4	32.6
<i>OE¹</i>	<i>161.2</i>	<i>103.3</i>	<i>58.0</i>	<i>45.7</i>	<i>40.3</i>	<i>37.5</i>	<i>35.8</i>	<i>62.6</i>	<i>88.3</i>	<i>64.0</i>
EU ²	39.4	43.5	48.2	50.8	56.0	59.3	59.4	58.9	57.4	54.7

Die Daten für 2000 sind vorläufige Zahlen.

Quelle: EBRD: Transition Report 2001.

¹ Mit den BIP-Anteilen gewogener Durchschnitt.

² Nettoverschuldung der Euro-Zone.

Quelle: OECD. <http://www.oecd.org/xls/M00023000/M00023776.xls>

³ Quelle: EBRD: Transition Report 1999.

⁴ Quelle: EBRD: Transition Report 2000.

Anhangtabelle 10: Privatsektor¹

(Anteil am BIP in %)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Estland	10.0	10.0	25.0	40.0	55.0	65.0	70.0	70.0	70.0	75.0	75.0	75.0
Kroatien	15.0	20.0	25.0	30.0	35.0	40.0	50.0	55.0	55.0	60.0	60.0	60.0
Lettland	10.0	10.0	25.0	30.0	40.0	55.0	60.0	60.0	65.0	65.0	65.0	65.0
Litauen	10.0	10.0	20.0	35.0	60.0	65.0	70.0	70.0	70.0	70.0	70.0	70.0
Polen	30.0	40.0	45.0	50.0	55.0	60.0	60.0	65.0	65.0	65.0	70.0	75.0
Slowakei	10.0	15.0	30.0	45.0	55.0	60.0	70.0	75.0	75.0	75.0	80.0	80.0
Slowenien	15.0	15.0	30.0	40.0	45.0	50.0	55.0	60.0	60.0	60.0	65.0	65.0
Tschechien	10.0	15.0	30.0	45.0	65.0	70.0	75.0	75.0	75.0	80.0	80.0	80.0
Ungarn	25.0	30.0	40.0	50.0	55.0	60.0	70.0	75.0	80.0	80.0	80.0	80.0
<i>MEB²</i>	<i>20.6</i>	<i>29.2</i>	<i>37.8</i>	<i>46.2</i>	<i>54.3</i>	<i>59.5</i>	<i>63.9</i>	<i>67.6</i>	<i>68.2</i>	<i>69.4</i>	<i>72.1</i>	<i>74.5</i>
Albanien	5.0	5.0	10.0	40.0	50.0	60.0	75.0	75.0	75.0	75.0	75.0	75.0
Bulgarien	10.0	15.0	25.0	35.0	40.0	50.0	55.0	60.0	65.0	70.0	70.0	70.0
Mazedonien	15.0	15.0	15.0	35.0	35.0	40.0	50.0	50.0	55.0	55.0	55.0	60.0
Rumänien	15.0	25.0	25.0	35.0	40.0	45.0	55.0	60.0	60.0	60.0	60.0	65.0
<i>SOE²</i>	<i>13.1</i>	<i>22.3</i>	<i>24.6</i>	<i>35.1</i>	<i>40.1</i>	<i>46.4</i>	<i>55.6</i>	<i>60.0</i>	<i>61.6</i>	<i>63.0</i>	<i>62.8</i>	<i>66.5</i>
Russland	5.0	5.0	25.0	40.0	50.0	55.0	60.0	70.0	70.0	70.0	70.0	70.0
Ukraine	10.0	10.0	10.0	15.0	40.0	45.0	50.0	55.0	55.0	55.0	60.0	60.0
<i>OE²</i>	<i>7.5</i>	<i>7.5</i>	<i>22.0</i>	<i>35.9</i>	<i>48.8</i>	<i>54.0</i>	<i>59.0</i>	<i>68.5</i>	<i>68.0</i>	<i>67.8</i>	<i>68.9</i>	<i>68.9</i>

Die Daten für 2001 sind Schätzungen der EBRD.

Quelle: EBRD: Transition Report 1999 für 1990 und 1991.

Transition Report 2001 für 1992-2001.

¹ Der „Anteil des privaten Sektors am BIP“ stellt grobe EBRD-Schätzungen dar und beinhaltet geschaffenen Mehrwert aus privaten, registrierten Firmen sowie aus privaten Einheiten der informellen Wirtschaft, wo zuverlässige Informationen über Schattenwirtschaft verfügbar sind.

² Mit den BIP-Anteilen gewogener Durchschnitt. Für 2001 wurde mit den Gewichten des Jahres 2000 gerechnet.

Anhangtabelle 11: Dienstleistungen

(Anteil am BIP in %)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Estland ³	na	43.0	na	na	59.0	na	na	na	65.0	65.7 ²	na
Kroatien	45.7	na	51.0	53.3	54.5	63.9	64.5	64.3	65.4	64.8	64.9
Lettland ³	na	33.0	na	na	58.0	na	na	na	66.0	na	na
Litauen ³	na	32.0	na	na	53.0	na	na	na	58.0	na	na
Polen	na	na	51.4	53.9	55.8	60.1	61.9	62.7	64.1	64.3	65.4
Slowakei	na	na	49.0	51.3	57.0	58.6	58.6	61.7	63.9	64.3	64.8
Slowenien	57.3	na	57.7	60.6	60.2	63.5	63.5	63.4	63.4	64.2	64.1
Tschechien	45.3	na	51.3	54.0	55.1	56.4	58.1	56.6	58.4	60.2	59.5
Ungarn	na	na	63.9	66.3	66.6	66.9	67.3	65.8	66.3	67.5	60.0
<i>MEB¹</i>	<i>na</i>	<i>na</i>	<i>53.6</i>	<i>56.0</i>	<i>57.5</i>	<i>60.5</i>	<i>61.6</i>	<i>61.8</i>	<i>63.1</i>	<i>63.7</i>	<i>63.1</i>
Albanien ⁴	15.9	na	na	na	na	na	na	na	na	22.0	22.7
Bulgarien	31.7	na	51.2	59.5	58.1	58.2	58.9	50.9	55.8	61.6	62.6
Mazedonien	53.9	na	na	na	na	63.9	64.2	62.6	62.0	63.3	64.7
Rumänien	32.3	na	37.9	41.4	41.6	40.7	41.1	45.9	52.7	54.6	56.2
<i>SOE¹</i>	<i>31.3</i>	<i>na</i>	<i>41.6</i>	<i>46.7</i>	<i>45.6</i>	<i>47.0</i>	<i>46.7</i>	<i>48.2</i>	<i>54.0</i>	<i>54.5</i>	<i>55.9</i>
Russland	40.2	na	51.7	46.3	54.1	58.8	59.0	60.9	59.5	59.7	58.7
Ukraine	32.4	na	27.0	44.7	43.3	48.3	54.4	57.7	57.9	56.8	55.8
<i>OE¹</i>	<i>36.3</i>	<i>na</i>	<i>46.8</i>	<i>46.0</i>	<i>52.8</i>	<i>57.8</i>	<i>58.6</i>	<i>60.6</i>	<i>59.3</i>	<i>59.3</i>	<i>58.4</i>
Deutschland ⁵	57.7	60.0	60.5	63.3	63.7	64.6	65.4	66.1	67.9	68.9	68.4
Frankreich ⁵	66.2	66.9	69.5	62.1	69.9	69.9	70.4	70.1	71.6	72.8	71.7
Grossbritannien ⁵	65.4	66.6	66.6	67.7	68.4	67.6	68.1	69.1	70.9	71.4	71.5

Quelle: WIIW : Handbook of Statistics 2001 für 1997-2000.
 Handbook of Statistics 2000 für 1995-1996.
 Handbook of Statistics 1996 für 1990-1994.

¹ Mit den BIP-Anteilen gewogener Durchschnitt.

² Quelle: CIA World Factbook. <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/>

³ Quelle: OECD, Economic Survey: Baltic States - a regional economic assessment, February 2000

⁴ Quelle: World Bank. http://www.worldbank.org/data/countrydata/aag/alb_aag.pdf

⁵ Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Jahrbücher, Wiesbaden 1992-2002.

Anhangtabelle 12: Industrie

(Anteil am BIP in %)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Estland	na	na	27.5	22.0	21.1	20.2	19.0	17.9	15.8	14.6	na
Kroatien	26.0	23.4	22.6	21.5	20.8	22.8	21.6	21.9	21.1	21.6	22.3
Lettland	38.3	39.9	29.8	27.9	22.5	24.3	23.0	23.9	20.2	17.4	16.3
Litauen	32.8	55.7	39.4	33.4	25.5	23.6	23.3	22.1	20.6	19.7	22.8
Polen	44.9	40.2	34.0	32.9	32.2	29.2	27.1	28.1	28.1	28.2	29.0
Slowakei	na	na	32.0	35.4	30.6	29.1	29.5	26.8	25.5	24.2	25.8
Slowenien	38.0	40.8	32.1	29.3	30.3	28.3	27.9	28.0	28.1	27.3	27.7
Tschechien	na	na	40.2	33.3	33.6	33.3	33.8	35.9	36.9	35.5	36.0
Ungarn	28.8	26.7	24.4	21.3	21.9	23.1	23.5	25.0	25.9	26.9	35.0 ²
<i>MEB</i> ¹	36.8	34.8	31.9	29.6	29.0	28.0	27.2	27.9	27.9	27.6	29.6
Albanien	39.8	32.1	16.9	13.9	12.5	11.7	12.2	12.4	11.9	11.9	11.5
Bulgarien	na	37.0	35.0	32.7	29.9	31.0	28.5 ³	25.3	25.5	24.6	25.1
Mazedonien	na	na	na	25.6	24.3	19.6	19.5	20.7	21.8	20.7	25.0
Rumänien	40.6	37.9	38.3	33.8	36.2	32.9	34.2	35.6	27.5	27.8	27.6
<i>SOE</i> ¹	40.5	37.5	36.8	32.4	32.9	30.4	30.7	31.4	25.9	25.5	25.8
Russland	na	45.9	42.2	34.4	32.8	29.0	29.5	28.4	29.1	31.9	32.1
Ukraine	34.7	45.8	44.6	27.6	30.0	34.4	27.5	26.4	24.6	33.2	na
<i>OE</i> ¹	34.7	45.9	42.7	33.3	32.5	29.5	29.3	28.2	28.5	32.1	32.1
Deutschland ⁴	40.6	38.7	38.2	35.5	35.2	34.4	33.5	32.8	30.8	29.8	30.4
Frankreich ⁴	30.2	29.9	27.5	35.0	27.6	27.6	27.1	27.5	25.3	24.3	25.4
Grossbritannien ⁴	33.2	31.7	31.7	30.5	29.7	30.5	30.2	29.5	27.8	27.5	27.5

Die Daten für 2000 sind vorläufige Zahlen.

Quelle: EBRD: Transition Report 2001 für 1993-2000.

Transition Report 1997 für 1990-1992.

¹ Mit den BIP-Anteilen gewogener Durchschnitt.

² *Quelle:* CIA World Factbook. <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/>

³ Ab 1995 änderte die Klassifikation der Industrie. Gemäss der alten Klassifikation, müsste der Industrieanteil von 1996 bei 32.4 % liegen.

⁴ *Quelle:* Statistisches Bundesamt, Statistische Jahrbücher, Wiesbaden 1992-2002.

Anhangtabelle 13: Landwirtschaft

(Anteil am BIP in %)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Estland	na	18.0	12.6	9.8	9.0	7.1	6.2	5.3	4.5	4.2	na
Kroatien	8.3	9.6	9.5	10.0	9.6	8.6	8.4	7.8	7.9	8.0	8.1
Lettland	21.9	23.1	17.6	10.7	8.4	9.4	7.9	5.1	3.7	4.0	4.0
Litauen	27.6	19.2	11.6	13.9	10.1	10.7	11.2	10.5	9.1	7.5	6.9
Polen	7.4	6.8	6.7	6.6	6.2	6.4	6.0	5.7	5.5	5.2	5.0
Slowakei	na	na	6.2	6.6	7.4	6.3	5.9	4.8	4.4	4.4	4.4
Slowenien	4.7	4.9	5.2	4.5	4.0	3.9	3.9	3.7	3.6	3.2	2.9
Tschechien	8.4	6.0	6.1	5.3	4.9	4.7	4.9	5.0	4.8	3.9	3.9
Ungarn	9.6	7.8	6.5	6.1	5.9	5.9	6.1	5.8	5.4	5.3	5.0
<i>MEB¹</i>	<i>7.7</i>	<i>7.2</i>	<i>6.7</i>	<i>6.4</i>	<i>6.1</i>	<i>6.1</i>	<i>6.0</i>	<i>5.7</i>	<i>5.4</i>	<i>5.0</i>	<i>4.9</i>
Albanien	37.0	42.5	54.2	54.6	54.6	54.6	51.5	56.0	54.4	52.6	51.0
Bulgarien	na	14.0	12.0	9.9	11.5	12.7	14.5	23.8	18.8	15.9	13.4
Mazedonien	na	na	na	8.2	9.1	10.6	10.7	10.7	10.0	9.2	12.0 ²
Rumänien	21.8	18.9	19.0	21.0	19.9	19.8	19.1	18.8	14.5	13.9	11.4
<i>SOE¹</i>	<i>22.8</i>	<i>18.6</i>	<i>17.8</i>	<i>18.3</i>	<i>18.8</i>	<i>18.9</i>	<i>19.2</i>	<i>20.9</i>	<i>17.3</i>	<i>16.7</i>	<i>14.5</i>
Russland	na	13.8	7.3	8.2	6.5	7.2	7.3	6.7	6.0	6.9	6.6
Ukraine	24.4	24.4	20.8	21.6	16.0	14.5	12.2	11.8	11.4	12.3	na
<i>OE¹</i>	<i>24.4</i>	<i>19.1</i>	<i>10.0</i>	<i>10.4</i>	<i>7.6</i>	<i>7.9</i>	<i>7.8</i>	<i>7.2</i>	<i>6.7</i>	<i>7.7</i>	<i>6.6</i>
Deutschland ³	1.7	1.3	1.2	1.2	1.1	1.1	1.1	1.1	1.2	1.2	1.2
Frankreich ³	3.6	3.2	3.0	3.0	2.5	2.5	2.4	2.4	3.1	3.0	2.8
Grossbritannien ³	1.4	1.7	1.7	1.8	1.9	1.9	1.8	1.5	1.2	1.1	1.0

Zahlen für 2000 sind vorläufige Ergebnisse.

Quelle: EBRD: TR 1997 für die Jahre 1990-1992, TR 2001 für 1993-2000

¹ Mit den BIP-Anteilen gewogener Durchschnitt.

² Quelle: CIA World Factbook. <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/>

³ Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Jahrbücher, Wiesbaden 1992-2002.

Bisher in dieser Reihe erschienene Hefte

- Henner Kleinewefers, Das letzte Jahr der DDR, 75 S., 1990
- Henner Kleinewefers, Das Ende der Sowjetunion, 57 S., 1991
- Henner Kleinewefers, Rumänien, 121 S., 1992
- Henner Kleinewefers, Aufsätze zur schweizerischen Agrarpolitik, 118 S., 1992
- Pia Stebler, Studienverlauf an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, 105 S., 1992
- Henner Kleinewefers, Die Löhne an der Universität Freiburg, 38 S., 1993
- Pia Stebler (unter Mitarbeit von Claus Bornholt), Studienabbruch an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, 106 S., 1993
- Bruno Jeitziner und Henner Kleinewefers, Dualismus, Pluralismus oder Monismus der Steuerungssysteme? 38 S., 1994
- Pia Stebler, Überlegungen zur Studienreform an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg aus theoretischer und praktischer Sicht, 67 S., 1994
- Jens Schadendorf, Take-Off Prozesse in Ostasien, 96 S., 1995
- Henner Kleinewefers, "Verwesentlichung" der Politik durch Einschränkung der direkten Volksrechte ? 49 S., 1995
- Bruno Jeitziner, A Reaction Function Study for the Swiss National Bank, 74 S., 1995
- Henner Kleinewefers, Freiburg: Die neue Stagnation, 60 S., 1995
- Bruno Jeitziner, Deficits and Money Growth: Empirical Evidence For Switzerland, 38 S., 1995
- Henner Kleinewefers, Der Verfassungsentwurf 1977 - Ein Beitrag zur Vernehmlassung aus ökonomischer Sicht, 24 S., 1996 (Nachdruck von 1977)
- Henner Kleinewefers, Der Verfassungsentwurf 1995 - Ein Beitrag zur Vernehmlassung aus ökonomischer Sicht, 53 S., 1996
- Bruno Jeitziner, Elections and Monetary Policy: Is there a Political Monetary Cycle for Switzerland? 28 S., 1996
- Bruno Jeitziner, The Executive Central Bank Relationship: The Case of Switzerland, 53 S., 1996
- Henner Kleinewefers, Neue Warnsignale für die Freiburger Wirtschaft - Antworten an die Kritiker des Berichts von 1995, 27 S., 1996
- Bruno Jeitziner, Legislative Influence on Monetary Policy? The Case of Switzerland, 70 S., 1996
- Henner Kleinewefers, Erfolgsbedingungen regionaler Entwicklung - Kritisches und Konstruktives zur kantonalen Wirtschaftsförderung, 29 S., 1997
- Bruno Jeitziner and Tobias Hohl, Measuring Political Preferences: Ratings for Members of the Swiss National Council, 35 S., 1997
- Tobias Hohl und Bruno Jeitziner, Parlamentarierratings 1975 - 1995, 116 S., 1997

- Henner Kleinewefers, Die Freiburger Wirtschaft am Ende der Neunziger Jahre: Zurück zum Start, 33 S., 1997
- Bruno Jeitziner und Andreas Spieler, Parlamentarierratings 1996, 35 S., 1997
- Peter Beez, Wachstumsförderliche wirtschaftspolitische Maßnahmen – Zusammenstellung in Anlehnung an die Weltbankstudie "The East Asian Miracle" 1993, 49 S., 1997
- Peter Beez und Niklaus Mäder, Wie kommt es zu erfolgreichen volkswirtschaftlichen Reformen? - Vorschlag eines ökonomischen Rasters, 31 S., 1997
- Henner Kleinewefers, Kaufkraft, Wirtschaftskraft und Bevölkerungsveränderungen - Systematik und Empirie am Beispiel des Kantons Freiburg, 27 S., 1998
- Henner Kleinewefers, Neue und Revidierte Daten über die Freiburger Wirtschaft, 39 S., 1999
- Henner Kleinewefers, Hayek und die Demokratiereform, 25 S., 1999
- Pascale Güllner, Small and Medium Sized Business Networks in Taiwan, 49 S., 1999
- Tobias Hohl und Bruno Jeitziner, Parlamentarierratings 1997-1998, 39 S., 1999
- Henner Kleinewefers, Nach der Konsolidierung die Reform: Wünsche für die Zukunft der schweizerischen Bundesverfassung, 42 S., 1999
- Henner Kleinewefers, Die Freiburger Wirtschaft zu Beginn des Jahres 2000: Licht am Ende des Tunnels? 25 S., 2000
- Henner Kleinewefers, Staatsversagen, Verwaltungsversagen und New Public Management, 46 S., 2000
- Bruno Jeitziner und Tobias Hohl, Parlamentarierratings 1999 - 2000, 45 S., 2000
- Ivan Baron Adamovich und Gerald Hosp, Fiscal federalism for emerging economies: lessons from Switzerland?, 24 S., 2001
- Bruno Jeitziner und Tobias Hohl, Parlamentarierratings 2001, 50 S., 2002
- Henner Kleinewefers, Methodologische und theoretische Überlegungen zu David S. Landes' "Wohlstand und Armut der Nationen", 11 S., 2002
- Henner Kleinewefers, Wirtschafts- und entwicklungspolitische Implikationen der vier Ansätze der Wachstumstheorie, 29 S., 2002
- Henner Kleinewefers, Globalisierungskritik I: Die Ängste der reichen Länder - Am Beispiel des Buchs "Die Globalisierungsfalle" von Martin und Schumann, 26 S., 2002
- Henner Kleinewefers, Globalisierungskritik II: Die internationale Wirtschaftspolitik und die armen Länder - Am Beispiel des Buchs "Die Schatten der Globalisierung" von Joseph Stiglitz, 33 S., 2002
- Henner Kleinewefers, Globalisierung, 18 S., 2002
- Bruno Jeitziner und Tobias Hohl, Parlamentarierratings 2002, 49 S., 2002
- Henner Kleinewefers, Probleme und Erfahrungen beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft - Ein Überblick, 63 S., 2003.

**Eine elektronische Version der Papiere ab 2001 ist unter www.unifr.ch/wipol zu finden.
Für die Parlamentarierratings siehe www.parlarating.ch.**